

DAS PARLAMENT

Nr. 36-37 | Berlin, 30. August 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544

70 JAHRE BUNDESWEHR



In der Zeitenwende

70 Jahre nach ihrer Gründung im November 1955 steht die Bundeswehr vor einer der größten Herausforderungen in ihrer Geschichte. Wurde sie nach dem Ende des Kalten Krieges über drei Jahrzehnte massiv verkleinert und abgerüstet, soll sie aufgrund der angespannten Sicherheitslage innerhalb weniger Jahre wieder zur größten konventionellen Streitmacht in Europa werden. Während sie in den vergangenen 30 Jahren als sogenannte Einsatzarmee vor allem mit Auslandsmissionen wie in Afghanistan oder auf dem Balkan konfrontiert war, wird sie nun wieder auf die Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet.

KOPF DER WOCHE

Auf zur Musterung!

Boris Pistorius (SPD) hat die erste Hürde genommen. Das Bundeskabinett billigte den Entwurf des Verteidigungsministers für ein neues Wehrdienstgesetz, mit dem er den Nachwuchsmangel in der Bundeswehr beheben will. So sollen ab kommendem Jahr alle Männer bei Erreichen des 18. Lebensjahr einen Fragebogen über eine mögliche Bereitschaft und Befähigung für einen Wehrdienst ausfüllen müssen. Frauen sollen den Fragebogen freiwillig ausfüllen können. Ab dem 1. Juli 2027 sollen dann alle jungen Männer wieder einer verpflichtenden Musterung unterzogen werden. Diese Musterungen waren 2011 mit dem Aussetzen der Wehrpflicht eingestellt worden. Zudem soll die Besoldung der freiwillig Wehrdienstleistenden an die von Zeitsoldaten angepasst werden. Der Gesetzentwurf muss nun noch vom Bundestag beraten werden. **aw**



© picture-alliance/dpa

ZAHL DER WOCHE

260.000

Soldaten soll die Bundeswehr zukünftig nach den Plänen der Bundesregierung umfassen. Aktuell dienen rund 182.000 Männer und Frauen in den Streitkräften.

ZITAT DER WOCHE

»Ich habe erhebliche Zweifel, dass dies nur mit Freiwilligkeit gelingt.«

Thomas Röwekamp (CDU), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, fordert verbindliche Vorgaben im neuen Wehrdienstgesetz, um genügend Soldaten rekrutieren zu können.

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
 Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
 34123 Kassel



INTERVIEW MIT DEM WEHRBEAUFTRAGTEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS

»Gesetze an die Lage anpassen«

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Henning Otte, ist skeptisch, dass das neue Wehrdienstgesetz ausreichen wird, um ausreichend Freiwillige für die Bundeswehr zu rekrutieren. Und er warnt vor einer Überforderung der Truppe durch neue Aufgaben

Herr Otte, die Bundeswehr soll in den kommenden Jahren von aktuell rund 183.000 auf 260.000 Soldaten anwachsen. Erreicht werden soll dies mit dem „Neuen Wehrdienst“, der aber weiterhin auf Freiwilligkeit beruhen soll. Ist das realistisch?

Gut, wenn es so klappt. Allerdings bestehen erhebliche Zweifel, ob dieses Ziel durch ausreichend Freiwillige erreicht werden kann und ob dieser Ansatz der sicherheitspolitischen Lage gerecht wird. Ich habe mir in Schweden das dortige Wehrdienstmodell angesehen. Dort werden alle jungen Männer verpflichtend zur Musterung geladen, um dann die Befähigsten unter ihnen in ausreichender Zahl zum Wehrdienst einzuberufen.

Befürchten Sie im Fall einer Reaktivierung der Wehrpflicht, bei der aber nur ein Teil der Wehrpflichtigen gezogen wird, Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, weil das Prinzip der Wehrgerechtigkeit nicht erfüllt wird?

Die Einführung eines allgemeinen Dienstes in der Gesellschaft, der wahlweise bei der Bundeswehr oder im zivilen Bereich abgeleistet werden kann, wäre – mit Blick auf die Gesamtverteidigung – zielführend und begrüßenswert. Klar ist doch, dass wir nicht die Lage an die Gesetze anpassen müssen, sondern die Gesetze an die Lage.

Die Kritiker einer Wehrpflicht weisen darauf, dass der Bundeswehr die Kapazitäten in den Kasernen fehlen, um so viele Soldaten unterzubringen. Wie groß sind die Kapazitäten denn aktuell?

Aktuell reichen die Kapazitäten nicht aus. Es ist versäumt worden, die Infrastruktur der Bundeswehr an die dramatische Veränderung der sicherheitspolitischen Lage vor drei Jahren anzupassen. Dies gilt es jetzt nachzuholen mit dem Infrastrukturbeschleunigungsgesetz. Wir benötigen Sanierungen und Neubauten von Kasernen, auch Verdichtungen von Standorten. Zudem müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Das Verteidigungsministerium muss ein Konzept vorlegen, um eine steigende Aufnah-

me von Wehrdienstleistenden zu gewährleisten.

Die Bewerberzahlen bei der Bundeswehr sind im vergangenen Jahr angestiegen. Gleichzeitig bleibt die Quote der Abbrecher, die ihren Wehrdienst in den ersten sechs Monaten wieder beenden, unverändert hoch bei bis zu 25 Prozent. Woran liegt das?

Es ist in der Tat besonders bitter, wenn junge Menschen die Truppe vorzeitig wieder verlassen, weil ihre Erwartungen nicht erfüllt werden oder sie von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind. Um genau diese Gruppe will ich mich intensiv kümmern, um zu sehen, wie die Lage konkret verbessert werden kann. Denn in der Summe verlassen aktuell mehr Soldaten – auch aufgrund der Altersteilzeit – die Bundeswehr, als neue hinzukommen.

Welche Erwartungen der Wehrdienstleistenden werden denn nicht erfüllt?

Den Wehrdienstleistenden ist es wichtig, möglichst in Heimatnähe eingesetzt zu werden und ein attraktives wie auch forderndes Dienstangebot zu bekommen. Klar muss aber natürlich schon sein, dass den jungen Menschen etwas abgefordert wird. Am Ende muss jeder Soldat und jede Soldatin bereit sein, über sich hinauszuwachsen.

Die Bundeswehr soll nach den Worten von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) wieder kriegstüchtig werden. Wo liegen denn die größten Probleme und Fähigkeitslücken der Truppe?

Die Truppe muss wieder auf ihren Kernauftrag, die Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet werden. Dafür bedarf es kampffähiger Einheiten, die schnell innerhalb des Nato-Gebiets verlegt werden können. Allgemein gilt es, die Kaltstart- und Durchhaltefähigkeit der Truppe zu intensivieren. Nachholbedarf besteht zudem beim Einsatz und der Abwehr von Drohnen wie auch der Raketenabwehr. Wir müssen auch KI-basierte und autonome Systeme zulassen, die die Truppe personell entlasten und auch schützen können.



Henning Otte

© DBT/Inga Haar

Lange Zeit galt die Bundeswehr als unterfinanziert. Nun sollen im kommenden Jahr die Verteidigungsausgaben auf rund 108 Milliarden Euro steigen, zukünftig gemäß des neuen Nato-Ziels von 3,5 Prozent des BIP für rein militärische Ausgaben auf bis zu 150 Milliarden Euro. Ist dies der angemessene Finanzrahmen für die Bundeswehr?

Ich halte diesen Ansatz für notwendig. Wichtig ist aber, nicht nur das Budget auszugeben, sondern das militärisch Notwendige zu finanzieren. Nicht der Abfluss der Mittel darf die bestimmende Größe sein, sondern eine glaubwürdige Abschreckung.

Die Bundeswehr stellt aktuell eine Brigade mit rund 5.000 Soldaten in Litauen auf. Bis 2027 soll sie einsatzbereit sein. Halten Sie es für verantwortbar, diesen Verband in einer so exponierten Lage zu stationieren? Immerhin gilt das Baltikum aufgrund der nur sehr schmalen Landverbindung zum restlichen Nato-Gebiet als schwer zu verteidigen.

Die baltischen Staaten und auch Polen tun alles dafür, ihre eigene Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen. Die Aufstellung der Litauen-Brigade ist ein starkes und richtiges Signal Deutschlands an unsere Partner für den Schutz der Nato-Ostflanke. Es gilt, auch Nato-Partner wie die USA, Großbritannien oder Kanada für ein noch stärkeres En-

agement in der Größenordnung der deutschen Brigade zu ermuntern.

Aktuell erleben wir eine Debatte über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Rahmen einer Friedenstruppe in der Ukraine. Wie empfinden Sie diese Diskussion?

Die Debatte ist im Augenblick rein hypothetisch. Es ist zu begrüßen, dass alle Anstrengungen für einen Waffenstillstand unternommen werden. Das erfordert harte und detaillierte Verhandlungen. Russland muss seinen Krieg gegen die Ukraine beenden. Ein mögliches erfolgreiches Ergebnis müsste dann auch militärisch abgesichert werden. Aber man kann nicht den zweiten Schritt vor dem ersten Schritt machen. Dennoch kann sich Deutschland aus eigenem sicherheitspolitischem Interesse nicht aus der Debatte heraushalten.

Die Debatte hat auch eine historische Dimension. Ist ein Einsatz deutscher Soldaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion angesichts der Verbrechen der Wehrmacht denkbar?

Es gilt, die Souveränität der Ukraine zu schützen. Kein Aggressor darf in Europa erfolgreich sein. Das ist doch genau die Lehre aus dem von Deutschland zu verantwortenden Zweiten Weltkrieg. Und in der Ukraine sehe ich eine enorm hohe Anerkennung für die deutsche Unterstützung.

Könnte die Bundeswehr einen substanziellen Beitrag für eine Friedensstruppe leisten, wenn es zu einem Ende des Kriegs in der Ukraine kommt?

Diese Frage muss die Leitung des Verteidigungsministeriums beantworten. Klar ist, dass die Politik solche Aufträge nur dann annehmen kann, wenn sie auch dafür sorgt, dass die Bundeswehr auch in der Lage ist, sie zu erfüllen. Vor einer Überdehnung der Anforderungen an die Truppe warne ich ausdrücklich.

Das Interview führte Alexander Weinlein

Henning Otte war von 2005 bis 2025 Abgeordneter des Bundestags für die CDU und Mitglied des Verteidigungsausschusses. Im Mai 2025 wählte ihn der Bundestag zum Wehrbeauftragten.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Wandelbare: Robin Wagener

Robin Wagener ist viel unterwegs – das Gespräch muss er kurzfristig verschieben, auf dem Rückweg aus Japan ist sein Gepäck in Helsinki stecken geblieben. Der Grünen-Politiker denkt international, sitzt im Bundestag in den Ausschüssen für Auswärtiges und Verteidigung. Leicht hat man es als Außenpolitiker in der Opposition nicht, Diplomatie ist eine klassische Domäne der Regierung. Als Parlamentarier könne man trotzdem einiges bewegen, sagt Wagener: „Wir repräsentieren im Ausland ein vielseitiges Deutschland, zeigen Facettenreichtum auf.“ Außerdem erschöpften sich zwischenstaatliche Beziehungen nicht im Dialog von Regierung zu Regierung. Ihm sei es wichtig, als Abgeordneter Kontakt zur Zivilgesellschaft zu halten, besonders in autoritären Staaten wie Russland oder bedrohten Demokratien wie Georgien.

In der vergangenen Wahlperiode war er dafür auch als Regierungsauftraggeber zuständig. Von der neuen Regierung wurde das Amt ersatzlos gestrichen. Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe ist er aber weiterhin. Wagener kommt aus Lippe; früher ein eigenständiger Kleinstaat Deutschlands, heute der oft vergessene dritte Teil Nordrhein-Westfalens. Anpacken sei in seiner Heimat wichtiger als Außendarstellung, sagt er. Das habe ihn geprägt. Seine Eltern gehören zur Gründungsgeneration der Grünen, in den Achtzigern demonstrierte er mit ihnen gegen Atomraketen, rief „Hopp, hopp, stop!“. Wagener lacht. „Das ging auch als Kleinkind schon gut.“ Heute ist sein Blick auf das Thema ein anderes: Die Grünen gehören zu den lautes-

ten Unterstützern für Waffenlieferungen an die Ukraine. Wagners persönliche Richtschnur: Das Motto des Roten Kreuzes, wo er sich seit seiner Kindheit engagiert. „Inmitten der Waffen Menschlichkeit“, heißt es darin. „Die Realität ist, dass es Krieg in Europa gibt. Das sollte man anerkennen und nicht wegweisen“, sagt Wagener. Erst dann könne man versuchen, die Zustände zu verändern. Der Weg zum Frieden ist



Leider sind wir nicht von Freunden umzingelt, wie einige lange glauben wollten.

ROBIN WAGENER (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)



© picture alliance / dts-Agentur

für ihn nicht mehr der Pazifismus seiner Jugend: „Der Wandel der Grünen in dieser Frage spiegelt sich auch in meiner eigenen Biografie.“ In den Neunzigern hat er den Wehrdienst verweigert, inzwischen hat er seine Weigerung widerrufen. „Ich möchte nicht über Militäreinsätze entscheiden, mich aber selbst raushalten.“ Dass ausgerechnet eine aus der Friedensbewegung entstandene Partei für die militärische Er-

tüchtigung der Bundeswehr eintritt, ist für ihn kein Widerspruch. „Wir haben seit den Neunzigern intensiv über diese Fragen diskutiert“, sagt er und erinnert an das Ringen der Grünen um die Beteiligung der Bundeswehr am Kosovokrieg. Andere Parteien seien einer solchen Auseinandersetzung lange ausgewichen und stünden jetzt blank da. „Leider sind wir nicht von Freunden umzingelt, wie einige lange glauben wollten“, sagt Wagener. Deutschland müsse jetzt verteidigungspolitisch erwachsen werden. Gehört dazu auch eine Wehrpflicht? „Wenn wir den notwendigen Aufwuchs an Soldatinnen und Soldaten auf freiwilliger Basis nicht erreichen, müssen wir auch über andere Modelle reden.“

Ruhe vom hektischen Berliner Politikbetrieb findet Robin Wagener in der Kirche. In seiner Heimatgemeinde in Bad Salzuflen gestaltet er als Prädikant Gottesdienste. Kurz habe er auch überlegt, sein Jurastudium abzubrechen und sich für Theologie einzuschreiben. Auf die Frage, was die Grünen und der Protestantismus gemeinsam hätten, muss Wagener erst mal nachdenken. „Eine nach innen gerichtete Strenge“, ist schließlich seine Antwort. In beiden Welten nehme man die Dinge sehr ernst, mache sich viele Gedanken. „Das ist gut so. Aber manchmal ist es auch wichtig, die eigenen Schwächen hinzunehmen und damit zu arbeiten“, sagt er. Eine gewisse Flexibilität und genießende Lockerheit, die er an den katholisch geprägten Gegend Deutschlands durchaus bewundere, könne auch seiner Partei manchmal gut tun.

Jan Krüßmann



Zwei Leopard-2-Kampfpanzer der Bundeswehr bei einer Vorführung: Bei ihrer Ausstattung haben die deutschen Streitkräfte immensen Nachholbedarf.

© picture alliance/
Chris Emil Janßen

Vor wenigen Wochen, Anfang August, übte die Luftwaffe mit ihren Patriot-Flugabwehrsystemen. Drei Kampfstaffeln mit je einem Flugabwehrsystem trainierten die Vorbereitung für den scharfen Schuss. Viel mehr von diesem „Rückgrat der Luftverteidigung“ hat die Bundeswehr derzeit auch im Inland nicht aufzubieten: Die Truppe hatte vor wenigen Jahren noch zwölf Patriot-Systeme, nach rund 30 Staffeln Mitte der 1990er Jahre. Von diesem Dutzend gingen fünf an die Ukraine, zwei sind in Polen zum Schutz der westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine im Einsatz und eines ist für Industrie- und Ausbildungszwecke gebunden und steht nicht für den scharfen Einsatz bereit. Vier einsatzbereite Einheiten des wichtigsten – und derzeit einzigen einsatzbereiten – Luftverteidigungssystems der Bundeswehr, und das vor dem Hintergrund der Berichte aus der Ukraine, wo Luftverteidigung fast das wichtigste Thema ist: Diese Zahl ist schon die Antwort auf die Frage, wie die deutschen Streitkräfte auf einen konventionellen Krieg in Europa vorbereitet sind. Das Ziel, das sowohl der frühere Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als auch der aktuelle Regierungschef Friedrich Merz (CDU) ausgegeben haben, scheint da in weiter Ferne: Die Bundeswehr, so

» Die Sicherheitslage in Europa stellt die bisherige Freiwilligen-Streitmacht Bundeswehr infrage.

ihre Peilung, soll die stärkste konventionelle Streitkraft in der europäischen Nato werden. Ob dieses Ziel realistisch ist, hängt inzwischen praktisch nicht mehr vom Geld ab. Schon mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das Scholz wenige Tage nach der russischen Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 ankündigte, konnte die Bundeswehr einige ihrer seit Jahren bestehenden Ausrüstungslücken angehen. Und spätestens seit Einführung der sogenannten Bereichsausnahme, mit der die Verteidigungsausgaben nicht mehr der Schulden-

Stärkung der Verteidigungsfähigkeit

Ehrgeizige Zielvorgabe

Bundeskanzler Friedrich Merz will die Bundeswehr zur »konventionell stärksten Armee Europas« machen. Um die in der Nato vereinbarten Fähigkeiten bereitzustellen, braucht es enorme Anstrengungen bei Technik und Personal

bremse unterliegen, können sich Ressortchef Boris Pistorius (SPD) und die Spitze von Ministerium und Bundeswehr nicht mehr auf fehlende Mittel berufen.

Von einer »Vollausstattung« ist die Bundeswehr noch weit entfernt

Der Nachholbedarf ist groß. Denn die Truppe hat in den vergangenen Jahrzehnten das Sparen lernen müssen. Der Begriff „Vollausstattung“ bedeutet eigentlich nur, dass alle Einheiten das Gerät haben, das nach Auftrag, Größe und Organisation vorgesehen ist. Doch selbst von dieser scheinbaren Selbstverständlichkeit war – und ist – die Bundeswehr teilweise noch weit entfernt: Eine Ausstattung mit 70 oder gar 60 Prozent des vorgesehenen Materials war eher die Regel als die Ausnahme. Und mit Hilfskonstrukten wie einem „dynamischen Verfügbarkeitsmanagement“ wurden Waffensysteme und Gerät immer dorthin verschoben, wo sie gerade gebraucht wurden – so schnell, dass der Eindruck entstand, es gebe genug von allem, ätzte ein Heeresgeneral. Das soll mit genügend Geld beendet werden, doch das wird noch eine Weile dauern. Denn die Bestellungen für neue Waffen und Gerät ziehen sich: In Deutschland (und Europa) läuft kein Panzer „vom Band“, es sind alles Einzelstücke, die in Handarbeit zusammgebaut werden. Bei Flugzeugen oder Schiffen ist das noch komplizierter und langwieriger. Und bei hochkomplexen Technologien wie dem eingangs erwähnten Patriot-Luftverteidigungssystem dauert es noch ein bisschen länger. Zudem war die Bundeswehr bislang damit beschäftigt, die Lücken in ihrer bestehenden Organisationsstruktur zu stopfen – schon der Umbau von der Armee für Auslandseinsätze wie

in Afghanistan zur Armee der Landes- und Bündnisverteidigung schien alle Ressourcen zu binden. Seit diesem Sommer spätestens ist klar, dass das nicht reichen wird. Denn unter dem Druck der Bedrohung, die nach Einschätzung vieler Nato-Mitglieder spätestens 2029 einen russischen Angriff auf einzelne Bündnismitglieder möglich macht, hat sich die Allianz einen deutlichen Fähigkeitssprung verordnet. Die Verteidigungspläne, die im militärischen Nato-Hauptquartier im belgischen Mons ausgearbeitet wurden, sehen für alle Mitglieder mehr einsatzbereite Truppen mit mehr Waffen und Ausrüstung vor – und das damit verbundene Preisschild von 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigungsausgaben folgt schlicht dieser Planung. Für die Bundeswehr ist es deshalb zunächst gar nicht die Frage, ob sie auf dem Weg zur stärksten konventionellen Streitmacht in West- und Mitteleuropa ist: Sie muss sich erst einmal darauf konzentrieren, die in

der Nato vereinbarten Fähigkeiten bereitzustellen. Das bedeutet zusätzliche Heeresbrigaden, zusätzliche einsatzbereite Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe – und in dem, was militärisch als Fähigkeiten bezeichnet wird, ein Umdenken: Mehr Kampfpanzer als derzeit vorhanden auf jeden Fall, erstmals Raketen mit tausenden Kilometern Reichweite, auch viel mehr Logistik. Aber auch das, was in der Ukraine derzeit das Gefechtsfeld dominiert: Drohnen zur Aufklärung und als ferngesteuerte Munition.

Die Zahlen zeigen schon auf den ersten Blick die großen Lücken

Das ist die Frage an die Technik. Aber gravierender wird für die Truppe die Frage nach dem Personal. Schon nach den neuen Alarmplänen der Nato sollen innerhalb von 30 Tagen nach Aktivierung 35.000 deutsche Soldaten und Soldatinnen einsatzbereit sein. Mehr als 200 Flugzeuge und

Schiffe soll die Bundeswehr im ersten Monat einer möglichen militärischen Auseinandersetzung auf den Weg bringen können. Und das ist nur der Anfang in einem möglicherweise länger dauernden Konflikt.

Die Zahlen, auf die sich Verteidigungsministerium und militärische Führung festgelegt haben, ziehen schon auf den ersten Blick die großen Lücken. Seit Jahren kommt die Freiwilligenarmee Bundeswehr nicht wirklich über 183.000 aktive Soldaten und Soldatinnen hinaus. Jetzt zeichnet sich eine geplante Truppenstärke von rund 260.000 Männern und Frauen in Uniform schon zu Friedenszeiten ab, ergänzt um eine Reserve mit rund 200.000 Soldaten, die zur Verstärkung einberufen werden können. Und ob diese Zahl ausreicht, ziehen selbst hochrangige Generale in Zweifel. Schon das Heer hatte bei einer überschlägigen Rechnung der geforderten Fähigkeiten und dem dafür nötigen Personal Bedarf an einem großen Teil der geplanten Verstärkung angemeldet.

Vor allem aber: Die Sicherheitslage in Europa, eine von den Europäern wahrgenommene russische Bedrohung und der Umgang des bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten europäischen Nato-Mitglieds mit dieser Situation stellt die bisherige Freiwilligen-Streitmacht Bundeswehr infrage. Die Debatte über eine Wehrpflicht wird daher noch intensiver geführt werden müssen – letztlich wird die Einschätzung der sicherheitspolitischen Situation in Politik und Bevölkerung darüber entscheiden, ob Deutschland tatsächlich die stärksten konventionellen Streitkräfte Europas außerhalb Russlands bereitstellt. *Thomas Wiegold*



Bundeswehrsoldaten bei einer Übung in Sachsen-Anhalt: Für die geplante Truppenstärke brauchen die Streitkräfte deutlich mehr Personal.

© picture alliance/dpa/Klaus-Dietmar Gabbert

Der Autor schreibt als freier Journalist über Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Die Nato und ihre Ostflanke

Die Truppenstärke der Mitgliedsstaaten und ihr Engagement an der Ostflanke

 Nato-Ostflanke

 Aktive Truppenstärke

 Gründungsmitglied 1949

 Beitritt 1952 bis 1982

 Beitritt 1999 bis 2020

 Beitritt 2023 und 2024



Streitkräfte der Nato insgesamt
rund 3,4 Millionen aktive Soldaten

Streitkräfte der USA:
1,3 Mio. aktive Soldaten

Streitkräfte Nato Europa:
2,0 Mio. aktive Soldaten

DIE BUNDESWEHR IN LITAUEN

> **Baltikum** Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verstärkt die Nato ihre Ostflanke getreu dem Motto „Abschreckung und Verteidigung“. Einkesselt zwischen der russischen Exklave Kaliningrad und Russlands Verbündetem Belarus gilt Litauen als besonders gefährdet.

> **Deutschlands Rolle** Seit 2017 ist die Bundeswehr in Litauen mit Truppenteilen von Partnerländern rotierend vor Ort und koordiniert dort den Einsatz der Nato-Truppen. Knapp 100 Kilometer von der russischen Grenze entfernt befinden sich am Nato-Stützpunkt in Rukla Soldatinnen und Soldaten aus sechs Mitgliedsstaaten.

> **Panzerbrigade 45** Zusätzlich zu dem bisherigen Engagement der Bundeswehr in Litauen baut die Truppe dort derzeit einen permanenten Stützpunkt auf. Es ist der erste Großverband in der Geschichte der Bundeswehr, der dauerhaft im Ausland stationiert wird. Die Panzerbrigade 45 mit rund 5.000 Soldatinnen und Soldaten soll künftig helfen, die Ostflanke des Bündnisses zu sichern. Am 22. Mai 2025 fand in Vilnius der Aufstellungsappell statt, bis 2027 soll die Brigade voll einsatzbereit sein (Mehr zur Panzerbrigade 45 auf Seite 7).

Atlantik

500 km





Ende Mai empfing Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit militärischen Ehren. © picture alliance/Ulrich Stamm

Kulturbruch, „innere Qual“, „beispielloser Paradigmenwechsel“: Das waren die Reaktionen aus der SPD-Bundestagsfraktion, nachdem der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz am 1. März 2022 den Abgeordneten die milliardenschweren Militärpläne seiner Ampelregierung vorgestellt hatte. „Wir erleben eine Zeitenwende“, hatte Scholz wenige Tage zuvor, am 27. Februar 2022, im Bundestag gesagt – drei Tage nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Die Welt danach sei nicht mehr dieselbe wie die Welt davor, stellte er fest. Und er kündigte an, mehr in die deutsche Sicherheit zu investieren. Nicht nur für Fraktionschef Rolf Mützenich war der 180-Grad-Schwenk mit dem geplanten 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr eine Zeitenwende, die ausgerechnet ein sozialdemokratischer Bundeskanzler vollzogen. Auch ein Großteil der SPD-Parlamentarier empfand das so. Gehört doch bislang die Ostpolitik Willy Brandts, des ersten SPD-Bundeskanzlers, und ein gutes Verhältnis zu Russland zum Goldschatz der Partei. Bis kurz vor dem Überfall Putins auf die Ukraine warnten hochrangige SPD-Politiker vor zu viel Druck. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wandte sich gegen ein „Säbelrassel“ gegenüber Moskau.

Ministerin Lambrecht bot der Ukraine 5.000 Gefechtshelme an

Während die Koalitionspartner von Scholz, FDP und Grüne, den Kanzler dazu drängten, der Ukraine jede erdenkliche Hilfe zukommen zu lassen, verweigerte sich Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) zunächst. Die unmittelbar vor dem russischen Überfall erfolgte Ankündigung der Ministerin, der Ukraine 5.000 Helme aus Bundeswehrbeständen anstatt der von dem Land erwünschten Waffen liefern zu wollen, gilt als einer der Tiefpunkte in Lambrechts kurzer Amtszeit. Aber bereits kurz nach der russischen Invasion in der Ukraine entschied der vorsichtige Kanzler Scholz, Waffen in das angegriffene Land zu liefern. Erst im Juni 2022 indes beschloss die Bundesregierung, dem öffentlichen Druck nachzugeben und eine Liste mit allen Waffenlieferungen online zu stellen. Damit wollte die Regierung fortan den Nachweis erbringen, dass Deutschland der größte Waffenlieferant der Ukraine nach den USA ist. Scholz' Nachfolger Friedrich Merz (CDU) entschied kurz nach seinem Amtsantritt im Mai 2025, die Waffenlieferungen wieder geheim zu halten, um eine

Militärhilfe für die Ukraine

Umstrittene Lieferungen

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine diskutiert Deutschland über Waffenlieferungen nach Kiew. Mittlerweile sind Milliarden für Militärgüter und Ausbildung geflossen, doch die Kritik hält an

„strategische Ambiguität“ herzustellen – eine Mehrdeutigkeit, um dem Gegner das eigene Agieren zu verschleiern. Auf www.bundesregierung.de wurde man bis Anfang Mai 2025 über alle gelieferten Waffen mit Stückzahl informiert. Zum Beispiel konnte man erfahren, dass 25 Panzerhaubitzen, 121 Leopard-Panzer, 1.050 bewaffnete Drohnen oder 478.000 Schuss Artilleriemunition geliefert wurden. Die Bereitstellung von Militärgerät stellte die kaputtgesparte Bundeswehr vor neue Probleme. So konnten die Lücken für die nach Kiew gelieferten Waffen nur schwer geschlossen werden, und die Truppe geriet in Gefahr, ihre Verpflichtungen im Hinblick auf die Landes- und Bündnisverteidigung nicht mehr erfüllen zu können.

Neben den Lieferungen von Militärgerät bildet die Bundeswehr auch ukrainische Soldaten aus. Laut Bundeswehr ist man, zusammen mit 24 anderen Nationen, Teil der „EU-Trainingsmission zur Unterstützung der Ukraine“. Nur selten erfährt die Öffentlichkeit Einzelheiten über diese Trainings. So berichtete das NDR-Fernsehen Anfang 2025 über eine Ausbildung ukrainischer Soldaten zu Panzer-Zugführern auf einem Truppenübungsplatz in Sachsen-Anhalt. Wie sehr sich der Krieg in der Ukraine mittlerweile verändert hat, machen Äußerungen von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) deutlich. Der Niedersachsen hatte das Amt im Januar 2023 von Christine Lambrecht übernommen. „Das Bild des Krieges hat sich verändert“, sagte Pistorius bei seinem Kiew-Besuch im Juni dieses Jahres. Hätten am Anfang Jets und Panzer im Mittelpunkt gestanden, „war es dann über viele Jahre die Artillerie“. Nun gehe es verstärkt um eine „elektromagnetische Kriegsführung und den Kampf mit Drohnen“, erklärte er und kündigte zusammen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj den Einstieg in eine „gemeinsame Produktion“ an. In der SPD-Bundestagsfraktion bleiben die Waffenlieferungen weiter um-

stritten. In einer Bundestagsrede hatte Rolf Mützenich im März 2024 gegen eine mögliche Lieferung von weitreichenden Taurus-Marschflugkörpern an Kiew Stellung bezogen. Konkret fragte der damalige SPD-Fraktionschef: „Ist es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden kann? Geht es nicht auch politisch um diese Fragen?“ Nicht nur von Seiten der damals noch oppositionellen CDU/CSU-Fraktion hagelte es Kritik, sondern auch von den Koalitionspartnern FDP und Grünen. Als bei den vorgezogenen Bundestagswahlen vom Februar 2025 die Union siegte, zog mit Friedrich Merz (CDU) ein Politiker ins

Kanzleramt ein, der sich seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine stets für eine umfassende militärische Unterstützung der Ukraine ausgesprochen hatte. Merz war in seiner Zeit als Oppositionsführer 2022 und 2024 durchs Kriegsgebiet nach Kiew gereist und hatte unter anderem die in Deutschland umstrittene Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern gefordert. Kaum im Amt, hat er diese öffentlichen Bekundungen eingestellt. „Unter meiner Führung wird die Debatte um Waffenlieferungen, Kaliber und Waffensysteme aus der Öffentlichkeit herausgenommen“, sagte Merz kurz nach Amtsantritt. Er betonte aber, dass sich an der Zusage nichts ändere, dass man die Ukraine im Kampf gegen Russland weiter unterstützen werde.

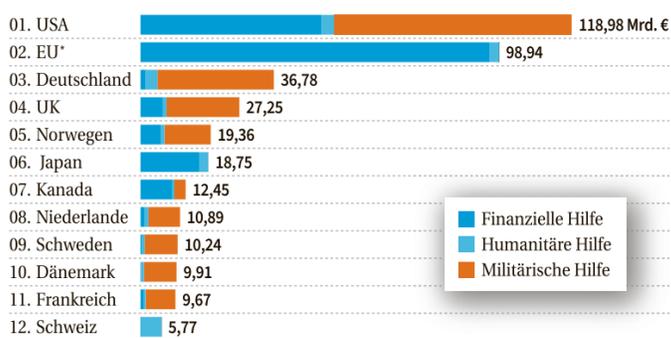
In der SPD, nach der Wahlniederlage von Kanzler Scholz erneut in der Regierung, geht die Kritik an Waffenlieferungen für die Ukraine in die nächste Runde. Anfang Juni traten prominente SPD-Mitglieder mit einem Manifest für eine „Abkehr von der derzeitigen Aufrüstungspolitik“ und für eine „Zusammenarbeit mit Russland“ in die Öffentlichkeit. In dem Papier kritisierten diese Gruppe der Sozialdemokraten unter anderem eine „militärische Alarmrhetorik“ und fordern diplomatische Gespräche mit Russland.

Debatte um Sicherheitsgarantien für Kiew

Skeptische Stimmen gibt es indes auch in der Partei des Koalitionspartners von der Union. Als vor wenigen Wochen mit einem Ukraine-Gipfel in Washington die Frage verlässlicher Sicherheitsgarantien für Kiew nach einem möglichen Friedensabkommen erneut in den Fokus rückte, wurde in Deutschland darüber diskutiert, ob und wie sich die Bundeswehr daran beteiligen soll. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) wandte sich klar gegen einen Einsatz von deutschen Soldaten in der Ukraine. „Dafür fehlen der Bundeswehr die Voraussetzungen“, sagte der stellvertretende CDU-Vorsitzende. AfD, Linke und BSW lehnen einen Bundeswehreinsatz in der Ukraine entschieden ab. Aber auch für vorsichtige Befürworter ist klar, dass ein solcher Schritt nur in einer breiten Koalition mit anderen Ländern und wohl nur mit den Amerikanern an Bord erfolgen könnte. Und ohnehin nur, falls Russlands Führung sich überhaupt auf einen Frieden einlässt. Klare Anzeichen dafür gibt es nach wie vor nicht. Laut Verteidigungsminister Pistorius arbeiten Deutschland und seine Partner mit Hochdruck an Details verlässlicher Sicherheitsgarantien für die Ukraine. „Wie ein deutscher Beitrag zu den Sicherheitsgarantien aussehen wird, steht derzeit noch nicht fest und wird politisch und militärisch festzulegen sein.“

Unterstützung für die Ukraine

Finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe von ausgewählten Ländern (Hilfen vom 24.01.2022 bis 30.04.2025 in Milliarden Euro)



*EU (Kommission und Rat) Quelle: Statista und Kiel Institut für Weltwirtschaft

Deutsche Militärhilfe (exemplarisch)

- Gepanzerte Gefechtsfahrzeuge**
 - 18 Kampfpanzer Leopard 2 A6
 - 103 Kampfpanzer Leopard 1
 - 269 Mine Resistant Ambush Protected Vehicles
 - 140 Schützenpanzer Marder
- Artillerie**
 - 9 Radhaubitzen Zuzana 2
 - Mehrfachraketenwerfer MARS II
 - 25 Panzerhaubitzen 2000
 - 454.000 Schuss 155 mm Artilleriemunition
- Luftverteidigung**
 - 16 Kinetic Defence Vehicle
 - Flugkörper IRIS-T (SLM/SLS)
 - 5 Patriot Systeme*
 - 60 Flakpanzer Gepard
- Pionierfähigkeiten**
 - 28 Bergepanzer 2
 - 65 Minenräumpanzer WISENT 1
 - 81 Minenräumpflüge
- Drohnen**
 - 1050 bewaffnete Drohnen HF-1
 - 619 Aufklärungsdrohnen VECTOR
 - 80 Überwasserdrohnen
 - 684 Aufklärungsdrohnen RQ-35 HEIDRUN
 - 211 Aufklärungsdrohnen SONGBIRD
 - 60 Aufklärungsdrohne Golden Eagle
 - 70 Bandbreitenerweiterungen für elektronische Drohnenabwehrgeräte
 - 180 RF 360 Fieldkits - Drohnen-detektionssysteme

Quelle: Bundesregierung Stand: 17.04.2025 (Wird nicht weiter aktualisiert, außer *Patriotsysteme, Stand: 01.08.2025)

Deutsche Brigade in Litauen

Im Zentrum der Bedrohung

Der Aufbau der Panzerbrigade 45 der Bundeswehr an der Nato-Ostflanke geht zügig voran. Bis 2027 soll sie »kriegstüchtig« sein. Um den Deutschen bald ein perfektes Zuhause bieten zu können, investiert das kleine Land im Baltikum Milliarden – und überbietet sogar den eigenen Zeitplan

Die Fahrt geht durch litauische Dörfer mit pittoresken Holzhäusern, weiter durch beschauliche Wälder, bis immer mehr Baufahrzeuge auftauchen – schweres Gerät, das mächtig Staub aufwirbelt. Hinter dem Örtchen Rūdninkai, etwa 35 Kilometer von der Hauptstadt Vilnius entfernt, werden neue Betonrassen durch den Wald gefräst. Berge von Baumstämmen stapeln sich auf neuen Lichtungen. Wenige Kilometer von der Grenze zu Belarus entfernt entsteht die „Stadt im Wald“, wie Orijana Mašalė sie nennt. Die Vizeministerin für Verteidigung ist für die Infrastruktur der deutschen Brigade in Litauen zuständig. Und gut beschäftigt. „Es ist das größte militärische Infrastrukturprojekt in der Geschichte Litauens“, sagt sie, „und kostet uns etwa 2,3 Milliarden Euro.“ Schon im kommenden Jahr sollen Teile der Panzerbrigade 45

der Bundeswehr hier einrücken. Der Weg zu ihrem Kommandeur Christoph Huber führt über einen gläsernen, fast lautlos schwebenden Fahrstuhl. Der Brigadegeneral verströmt Optimismus, schwärmt von seinem „tollen Team“ und der engen Zusammenarbeit mit den „litauischen Freunden“. Huber, ein Panzergrenadier von der Schwäbischen Alb, sitzt mit seinem Vorauskommando an einem für Militärs ungewöhnlichen Ort: In der 7. Etage eines topmodernen Bürobaus im Zentrum von Vilnius, zwischen Tech-Firmen und Startups.

Huber weiß, dass er Geschichte schreibt. Seine Brigade ist der erste Großverband in 70 Jahren Bundeswehr, der dauerhaft in einem anderen Land stationiert wird – mit an die 5.000 Soldatinnen und Soldaten, die sich für drei Jahre und mehr verpflichten und hier leben werden,

manche mit Familie. „Wir werden gebraucht“, sagt der Kommandeur. Das Bedrohungsgefühl der Litauer sei seit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 deutlich gewachsen.

Litauen, das südlichste der drei Länder des Baltikums, ist etwas kleiner als Österreich und hat weniger Einwohner als Schleswig-Holstein. Strategisch aber liegt es im Zentrum denkbarer Bedrohungsszenarien. Im Osten grenzt Litauen an Belarus, im Südosten an die russische Enklave Kaliningrad. Dazwischen liegt die nur etwa 65 Kilometer breite Südgrenze zu Polen, unter Generälen als „Suwalki-Korridor“ bekannt, nach einem Städtchen auf der polnischen Seite. Ein neuralgischer Punkt an der viele tausend Kilometer langen Ostgrenze der Nato. Würde er abgeriegelt, wäre der Landweg von Zentraleuropa Richtung Baltikum blockiert. Litauen war 1990 die erste Sowjetre-

publik, die ihre Unabhängigkeit erklärte. Russlands Präsident Wladimir Putin, der von der Restauration des sowjetischen Imperiums träumt, dürfte sich daran erinnern.

Litauische Bevölkerung feiert die deutschen Soldaten

Wenn Huber in seiner Uniform mit deutschem Hoheitsabzeichen über die König-Mindaugas-Brücke Richtung Innenstadt spaziert, um etwa litauische Ministerien zu besuchen, so erzählt er, „ist es mir mehr als einmal passiert, dass ich an der Ampel stehe, warte und litauische Passanten sich zu mir umdrehen und „Ačiū“, also Danke auf Litauisch, sagen.“ Und das widerfähre nicht nur ihm, sondern vielen Soldatinnen und Soldaten mit Schwarz-Rot-Gold am Ärmel. Im Mai, beim feierlichen Aufstellungsappell der Brigade auf dem Kathedralenplatz von Vilnius, kletterten ganze Familien neugierig durch ausgestellte deutsche Panzer. Junge Männer maßen ihre Kräfte beim Heben schwerer Munition. Zu den feierlichen Ansprachen schwenkten Litauer deutsche Fähnchen.

Nachdem die russische Annexion der Krim 2014 Europas Sicherheitsarchitektur durcheinandergewirbelt hatte, kam Christoph Huber Anfang 2017 erstmals nach Litauen, als Kommandeur der neuen, von der Bundeswehr geführten Enhanced Forward Presence Battle Group der Nato. Eine von acht neuen Kampftruppen der „verstärkten Vorwärtsverteidigung“ von Estland bis Bulgarien, mit der das Bündnis 2016 (an der Nordostflanke) und 2022 (an der Südostflanke) auf den sich ausweitenden Krieg Russlands gegen die Ukraine reagierte. Die Kampftruppe in Litauen wird seither von der Bundeswehr geführt, mit einigen hundert Soldatinnen und Soldaten aus Belgien, Tschechien, Luxemburg, den Niederlanden und Norwegen. Zusätzlich sind etwa 500 Soldatinnen und Soldaten eines Panzer-Bataillons der US Army in Litauen präsent.

Die Battle Group ist in Rukla stationiert, einem Städtchen knapp hun-

steht. Der immer härtere Takt der Übungen sei überall Thema, meint der Geistliche, das Bedrohungsgefühl, die näher rückende Möglichkeit eines Krieges.

Ansonsten wird geübt, geübt, geübt. Im Mai 2025 absolvierten rund 8.000 Soldatinnen und Soldaten aus Litauen und diversen Nato-Staaten Manöver mit klingenden Namen wie Iron Wolf, Swift Response, Strong Shield und Thunder Fortress. US-amerikanische Fallschirmjäger sprangen vom Himmel, deutsche Heeresflieger sausten im Tiefflug über Wald und Flur, norwegische Panzer gingen gut getarnt in Stellung. Auf dem Truppenübungsplatz Gaižiūnai, unweit von Rukla, wurde Prominenz aus Politik und Militär, platziert unter einem mit Tarnnetzen geschmückten Zelt, eine Panzerschlacht geboten. Der deutsche Leopard 2 spielte eine Schlüsselrolle. Litauen hat 44 Stück bestellt.

Ganze Bataillone werden geschlossen ins Baltikum verlegt

Die Panzerbrigade 45 soll Ende 2027 voll einsatzfähig sein – „als kriegstüchtige, schwere Brigade des deutschen Heeres“, wie Kommandeur Huber erklärt. Das Panzergrenadierbataillon 122 aus dem bayerischen Oberviechtach und das Panzerbataillon 203 aus Augustdorf/Nordrhein-Westfalen werden, wie die Bundeswehr mitteilt, „geschlossen und dauerhaft nach Litauen verlegt“. Die multinationale, aber überwiegend aus Bundeswehr-Angehörigen bestehende Battle Group, die das dritte Bataillon bilden wird, soll weiter rotieren.

Anfang 2025 hat der Bundestag den Weg für eine bessere Bezahlung freigemacht. Der Auslandsverwendungszuschlag beträgt derzeit 93 Euro pro Tag – steuerfrei. Außerdem können Zuschüsse zur Miete und für Kinder und Partner, die nach Litauen mitkommen, beantragt werden; unter Umständen auch zur Altersvorsorge des Partners oder der Partnerin. Bei der Brigade Litauen verdient man etwa 1.400 bis 4.000 Euro mehr als ent-



Mai 2025: Feierlicher Aufstellungsappell der Brigade in Vilnius

© Tom Schimmeck



Bei Militärpfarrer Bernd Rosner gibt es Kaffee, Kekse und ein offenes Ohr. © Tom Schimmeck



Litauens Vize-Verteidigungsministerin Orijana Mašalė ist zuständig für die notwendigen Baumaßnahmen. © Tom Schimmeck



Wir werden gebraucht. Das Bedrohungsgefühl der Litauer ist seit dem russischen Angriff auf die Ukraine deutlich gewachsen.

CHRISTOPH HUBER, KOMMANDANT PANZERBRIGADE 45



© dpa/Bernd von Jürzenka

dert Kilometer von Vilnius entfernt, in dem es viel Militär und wenige Zivilisten gibt. Litauen sei ein freundliches Land, erzählt Militärpfarrer Bernd Rosner, der dort im Frühjahr 2025 Dienst tut. „Es ist nicht Afghanistan, nicht Mali und auch nicht die Beklemmung auf irgendeinem Schiff.“

Vor der „Little Church“, einer Baracke auf dem großen Kasernengelände, läutet der Pfarrer die Glocke. Seine Predigt macht die Ungewissheit zum Thema: „Wir wissen morgens, wenn wir aufstehen, nicht, wo dieser Tag wann und wie für uns endet, egal wie getaktet der Plan ist.“ Nach dem Gottesdienst sitzt er mit Soldatinnen und Soldaten auf der alten Couchgarnitur beisammen. „Das ist halt der Charme eines Pfarrers“, meint Rosner: „Dass er der Einzige mit echter Schweigepflicht ist.“ Zu dem jeder kommen könne. „Du kannst auch sagen: ‚Pfarrer, mich kotzt gerade alles an. Hast Du einen Kaffee und einen Keks?‘ Und dann gibt es das.“ Bedarf be-

sprechende Dienstgrade in Deutschland. Schon seit Sommer 2024 läuft die Personalauswahl. Freiwilligkeit soll Vorrang haben. Das Interesse unter den Soldaten, heißt es bei den Verantwortlichen, sei sehr groß. Litauen drückt derweil enorm aufs Tempo, baut allein für die deutsche Brigade etwa 400 neue Objekte – nicht nur Schießplätze, auch Spielplätze, Kindergärten, Schulen. Das Unternehmen Eika, für die erste Bauphase in Rūdninkai, der „Stadt im Wald“ verantwortlich, erklärte Anfang Juli, man werde wohl sechs Monate früher fertig werden.

Vize-Verteidigungsministerin Mašalė arbeitet „Tag und Nacht daran“, auch die weiteren Schritte zu beschleunigen. „Mein Präsident hat mir mal gesagt: ‚Wir wollen, dass sich die deutschen Soldaten hier besser fühlen als Zuhause‘“, berichtet sie. „Das ist unser Anspruch.“

Tom Schimmeck

Der Autor ist freier Journalist und lebt in der Nähe von Hamburg.

GASTKOMMENTARE: HABEN WIR EINE ÜBERTRIEBENE KRIEGSRHETORIK?

Ein Stück Resignation

PRO

Wir müssen kriegstüchtig werden.“ Es ist jetzt rund zwei Jahre her, dass Verteidigungsminister Boris Pistorius diesen Satz in einem Fernsehinterview unterbrachte. Und eines muss man dem SPD-Politiker lassen: Es war ein geniales Stück strategischer Kommunikation, gerade weil der Begriff so sehr polarisiert. Die einen sehen ihn als Befreiung zum Realismus, was die russische Bedrohung und die notwendige „Wehrhaftigkeit“ (noch so ein Wort) betrifft. Die anderen empören sich über die Rhetorik, die den Minister als „Kriegstreiber“ entlarve. Allerdings: Beide Extrempositionen werden der Sache nicht gerecht. Pistorius strebt den Krieg, von dem er spricht, natürlich nicht an. „Kämpfen zu können, um nicht kämpfen zu müssen“, das ist sein Ziel und zugleich ein Grundprinzip legitimer und notwendiger Landesverteidigung – auch wenn die Frage erlaubt sein muss, ob dafür das jetzt geplante Maß an Hochrüstung notwendig ist. Das Problem der Kriegsrhetorik aber liegt woanders: Wer Kriegstüchtigkeit zum zentralen Motiv der Debatte machen will, der hat vor der vermeintlichen Alternativlosigkeit der dauerhaften militärischen Konfrontation mit Russland fast schon kapituliert



Stephan Hebel

© Alex Kraus

– und tilgt das Ideal einer künftigen Friedensordnung aus dem Bedeutungsfeld seiner Worte. Ja, eine solche Friedensordnung ist derzeit sehr weit weg. Aber wenn sie in der Gesellschaft und ihrem Sprechen aus dem Blick gerät, bedeutet das ein Stück Resignation gegenüber den Ideologien derjenigen Machthaber, die die Welt gewaltsam nach ihrem Bild formen wollen. In Demokratien dagegen, das ist sicher Konsens, dient auch militärische Rüstung dazu, „friedentüchtig“ zu werden. Genau das aber droht in der Rhetorik der Kriegstüchtigkeit unterzugehen.

Stephan Hebel ■

Der Autor ist freier Journalist.

Davon kann keine Rede sein

CONTRA

Als Verteidigungsminister Boris Pistorius die Forderung erhob, dass Deutschland „kriegstüchtig“ werden müsse, da wusste der SPD-Politiker, was er tat. Er wollte Aufsehen erregen – und eine Debatte provozieren. Das ist ihm gelungen. Denn die Kritik an dem Wort hält bis heute an. So mahnte die ehemalige Kanzlerin Angela Merkel erst kürzlich, Deutschland müsse „friedentüchtig“ werden. Trotzdem kann keine Rede davon sein, dass in dieser Republik eine übertriebene Kriegsrhetorik herrschen würde. Das gilt zum einen für die Pistorius-Vokabel. Der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt ist selbst weit davon entfernt, ein Säbelrassler zu sein. Er wusste vielmehr, dass die Forderung, Deutschland müsse „verteidigungsfähig“ werden, so lapidar ist, dass sie es nicht einmal in die Nachrichtensendungen geschafft hätte. Deshalb hat Pistorius die verbale Dosis erhöht – und zwar, um klarzumachen, dass sich die Haltung der Deutschen zu Verteidigungsfragen grundlegend ändern muss. Dieses Ziel hat der Verteidigungsminister erreicht. Ausweislich der Umfragen ist die Mehrheit der Deutschen mittlerweile etwa der Ansicht, dass ein höherer Wehretat unumgänglich ist. Auch sonst ist, quer durch das politische Spektrum, bislang niemand durch Kriegsgeschrei



Markus Decker

© Mike Fröling/Berliner Zeitung

auffällig geworden: Vertreter der Mitte-Parteien CDU, CSU, SPD und Grüne ohnehin nicht, im Gegenteil. Die schwarz-rote Koalition schreckt selbst vor einer Wiedereinsetzung der Wehrpflicht zurück. Das würde echten Militaristen sicher nicht passieren. Die Linke stößt sich trotz des Ukraine-Krieges an dem, was sie „Ausrüstung“ nennt. Und die AfD gilt als Russland-nah. Mag sein, dass sich die Stimmung im Zuge eines in Europa grassierenden Nationalismus ändert und die historisch bekannte Liaison von Nationalismus und Militarismus wiederkehrt. Doch bisher ist derlei nicht in Sicht. Möge es dabei bleiben.

Markus Decker ■

Der Autor ist Hauptstadt-Korrespondent des Redaktionsnetzwerkes Deutschland.

LESERPOST

Zur Ausgabe 32-35 vom 2. August 2025, „Schuldenwette auf die Zukunft“ auf Seite 1: Dieser Koalition wird vermutlich gar nichts gelingen. Ich stimme mit einer Einschätzung des Grünen-Abgeordneten Sebastian Schäfer überein, der zum Haushalt der Regierung sagt: „Ein Haushalt, der an den Realitäten vorbeigeht.“ Dabei haben die Grünen zusammen mit der SPD und der FDP ebenfalls keine gute Haushaltspolitik vollbracht. Die schwarz-rote Regierung macht da einfach weiter und übertrifft beim Schuldenmachen und Co. sogar noch die Politik der Ampel.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Zur selben Ausgabe, „Ein Dauerpatient - trotz Rekordinvestitionen“ auf Seite 5: Rekordinvestitionen allein machen die Bahn nicht fit für die Zukunft. Was nutzt es, Milliarden in Strecken und Bahnhöfe zu stecken, wenn zentrale Stellwerke weiter wie im Kaiserreich von Hand geschaltet werden? Jahrzehntlang wurde Digitalisierung verschlafen, politisch wie unternehmerisch. Stattdessen erleben wir immer neue Konzepte und Machbarkeitsstudien, aber keine echte Umsetzung. Der Bund drückt sich davor, Verantwortung zu übernehmen und klare Steuerungsmechanismen einzuführen. Ohne konsequente Vorgaben für

Digitalisierung, Personal und Verkehrssteuerung bleiben all diese Investitionen ein Flickwerk. Wir brauchen endlich einen Bahnkonzern, der effizient geführt wird und keinen Dauerpatienten.

Fritz Goschenhofer, Neuburg an der Donau

Zur selben Ausgabe, „Weltmächte konkurrieren um Kupfer und Korridore“ auf Seite 15:

Die Aussage „keine E-Auto Batterie läuft ohne Kobalt“ ist falsch. Die immer mehr verwendeten LFP-Batterien kommen komplett ohne Kobalt aus.

Felix Heinstadt, per E-Mail

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

Trinkt mehr Wein!

Für die Bürger des Landes hat die Politik in diesem „Herbst der Reformen“ eine besonders geschmackvolle Botschaft parat: Kauft mehr Wein! Wie jetzt, sollten wir nicht gerade erst weniger Drogen nehmen? Wollte die alte Bundesregierung nicht eigentlich den fragwürdigen Konsum von Alkohol zumindest ein bisschen regulieren, bevor sie das im seligen Rausch der Schaffenskraft wieder vergessen hat? Wirkt nicht der neue Drogenbeauftragte Hendrik Streeck wie ein Bulldozer, der die tragischen Laster der Deutschen endlich entschlossen beiseite räumt und Platz macht für eine Welt ohne Kater und Kotze?

Weit gefehlt, das hat aber gute Gründe, denn aus Billigheim-Ingheim (keine Sorge, der Wein ist nicht billig) erreichte uns in dieser Woche ein dramatischer Hilferuf des Vereins Zukunftsinitiative Deutscher Weinbau. Die Winzer rufen die Bürger dazu auf, eine Flasche deutschen Wein pro Jahr und pro Kopf mehr zu trinken. Damit könne die tor kelnde Branche gerettet werden. Aktuell, hieß es, liege der Konsum pro Kopf und Jahr bei 20 Litern Wein – acht Liter davon aus deutscher Produktion. „Eine kleine Verschiebung dieses Verhältnisses könnte Tausende Existenzen retten“, erklärte die Initiative listig.

Was liegt näher, als für die Kinder noch ein Fläschchen einzukaufen? Selbst die FDP in Rheinland-Pfalz brachte bundespolitische Hilfe ins Spiel, um den Weinbau zu retten. Der Markt allein könne das Problem nicht lösen, gestand FDP-Weinbauministerin Daniela Schmitt, ob vor oder nach einem Weinchen, wissen wir nicht. Wo der Bundestag gerade von einer Weinkönigin regiert wird, läge es nahe, vor Plenarsitzungen ein geselliges Beisammensein einzurichten. 630 Flaschen Wein pro Plenartag als Zündfunke für die Weinwirtschaft. Die Beiträge wären womöglich bei dem ein oder anderen vergnügten Redner ein Fest der Demokratie.

Claus Peter Kosfeld ■

DAS PARLAMENT

Herausgeber: Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Leserservice/Abonnement:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32, Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anschrift der Redaktion (außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-305 15, Telefax (0 30) 227-3 65 24

Internet: <http://www.das-parlament.de>
E-Mail: redaktion@das-parlament.de

Chefredakteur: N.N.

Stellvertretender Chefredakteur:
Alexander Heinrich (ahe) V.i.S.d.P.

Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) Cvd, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Hannes Thielsch (Volontär), Alexander Weinlein (aw)

Fotos: Stephan Roters

Redaktionsschluss: 29. August 2025

Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36, Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement:
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS

Wir vermeiden CO₂, durch den Versand mit der Deutschen Post

»Jederzeit einsatzbereit«

Starke Streitkräfte sind der beste Schutz vor Aggressoren, sagt die Vize-Generalinspektorin der Bundeswehr, Nicole Schilling. Ein Gespräch über Kriegstüchtigkeit, Lehren aus dem Ukraine-Krieg und eine Dienstpflicht für Frauen

Frau Schilling, als Sie 1993 mit 19 Jahren als Offizieranwärterin bei der Bundeswehr angefangen haben, war der Kalte Krieg gerade zu Ende und die Zukunft der deutschen Streitkräfte völlig unklar. Mit welcher Motivation haben Sie damals ausgerechnet eine militärische Laufbahn eingeschlagen?

Als Soldatenkind habe ich die Bundeswehr im Kalten Krieg zumindest mittelbar miterlebt. Als dann diese Umbruchphase kam und diskutiert wurde, ob und wofür die Bundesrepublik noch Streitkräfte braucht, war mir schnell klar, dass Verteidigungsfähigkeit weiterhin wichtig sein würde. Wer als Akteur auf der Weltbühne ernst genommen werden möchte, braucht starke Streitkräfte. Dazu kam meine Überzeugung, dass es die Bundeswehr und die Solidarität im Nato-Bündnis waren, die im Kalten Krieg unser Überleben gesichert haben. Ich habe daher immer einen Sinn in dieser Arbeit gesehen, in der Vergangenheit und in der Zukunft.

Frauen gab es in den 1990er Jahren weniger als ein Prozent in der Truppe. Wie haben Sie das damals als junge Soldatin erlebt?

Das war für mich eigentlich kein Thema. Ich habe ja im Sanitätsdienst begonnen, mein Offiziersjahrgang bestand damals schon zur Hälfte aus Frauen. Aber klar, die Wehrdienstleistenden, mit denen wir die Grundausbildung absolviert haben, waren schon ziemlich erstaunt. Eine Kameradin hat mir auch mal erzählt, dass ein Wachmann sie am Wochenende nicht in die Kaserne lassen wollte. Er war der Meinung, bei der Bundeswehr gebe es keine Frauen.

Inzwischen sind Sie die ranghöchste Soldatin der Truppe und seit Anfang August auch Stellvertreterin des Generalinspektors. Für eine Frau immer noch eine sehr ungewöhnliche Karriere bei der Bundeswehr, oder?

Das ist so, ja. Als ich Ende der 2000er Jahre in die Generalstabsausbildung gegangen bin, war ich auf einmal eine von ganz wenigen Frauen. Meine Kameraden als Kompaniechefs hatten damals zwar schon mit Soldatinnen in verschiedenen Truppengattungen zu tun, aber in den Führungsetagen und einigen Verwendungsreihen gab und gibt es bis heute noch nicht genug Frauen. Das ist ein Thema, an dem wir arbeiten.

Bisher mit mäßigem Erfolg: Obwohl Soldatinnen seit 2001 alle Laufbahnen offenstehen, ist ihr Anteil auf nur 13 Prozent gestiegen, die meisten von ihnen arbeiten noch immer im Sanitätsdienst. Die Bundesregierung will 20 Prozent erreichen – was steht dem im Weg?

Tatsächlich verzeichnen wir aktuell mehr Bewerberinnen und stellen auch mehr Frauen ein. Und die machen auch ihren Weg bei uns. Aber bestimmte Aufgabengebiete, etwa bei den Spezialkräften, werden von Soldatinnen weiterhin kaum nachgefragt. Deshalb wollen wir die Frauen, die schon in den verschiedenen Truppengattungen tätig sind, sicht-



ZUR PERSON

Generaloberstabsarzt Nicole Schilling (51) ist die ranghöchste Soldatin der Bundeswehr. Seit dem 4. August 2025 ist sie die neue Stellvertreterin des Generalinspektors Carsten Breuer und damit die erste Frau in diesem Amt. Zuletzt war die promovierte Ärztin und Sanitätsoffizierin der Luftwaffe Leiterin der Abteilung Einsatzbereitschaft und Unterstützung der Streitkräfte im Bundesverteidigungsministerium. Im neuen Amt will Schilling ihren Schwerpunkt auf die Bereiche Personalgewinnung und Stärkung der Reserve legen.

© picture-alliance/Jörg Carstensen/R7081

barer machen und Interessentinnen stärker über Einsatzbereiche und Entwicklungsmöglichkeiten informieren. Grundsätzlich gilt, dass eine gut trainierte Frau in der Bundeswehr jede Aufgabe übernehmen kann, auch in der Kampftruppe. Und wir brauchen mehr Frauen, denn gemischte Teams verbessern das Gesamtergebnis. Das gilt bei der Bundeswehr wie in anderen Bereichen auch – und zwar im Grundbetrieb wie im Einsatz.

Die neuen Nato-Ziele erfordern vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges insgesamt einen massiven Personalaufwuchs. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) spricht von 80.000 aktiven Soldaten und Soldatinnen zusätzlich, bisher sind es etwas mehr als 181.000. Wie soll das gelingen?

Indem wir die Rahmenbedingungen für den Dienst noch attraktiver gestalten. Da geht es zum Beispiel um finanzielle Anreize, aber auch um die Vereinbarkeit von Dienst und Familie auch während Ausbildung und Übungen, was längst auch für viele Männer ein bedeutendes Thema ist. Wir bieten daher schon an vielen Standorten Kinderbetreuungsmöglichkeiten an. Aber die neue geopoliti-

tische Situation stellt uns vor neue Herausforderungen. In der Vergangenheit wurden Einsätze im Ausland lange im Voraus geplant und waren zeitlich limitiert. Die Familien konnten sich früh darauf einstellen. Jetzt erfordert die Bedrohungslage, dass wir unsere Streitkräfte jederzeit einsatzbereit halten und ihre kurzfristige Verlegefähigkeit sicherstellen müssen. Das sind, so ehrlich muss man sein, Rahmenbedingungen, die nicht für jeden und jede in Frage kommen.

Pistorius setzt auf einen „Neuen Wehrdienst“, der aber weiterhin auf Freiwilligkeit basiert und einen höheren Sold vorsieht. Allerdings erhalten Wehrdienstleistende schon heute deutlich mehr Geld als etwa Auszubildende im Handwerk. Glauben Sie wirklich, dadurch mehr junge Leute gewinnen zu können?

Wir müssen viele Dinge gleichzeitig tun. Für die junge Generation ist neben der Bezahlung auch das Thema Regionalität von großer Bedeutung. Viele Soldaten wollen nicht mehr quer durch die Republik zur Kaserne reisen, sondern in der Nähe ihres Wohnortes lernen und arbeiten. Auch dafür müssen wir mehr Angebote

machen. Insgesamt würde ich sagen, dass es angesichts des Ukraine-Krieges einfacher geworden ist, junge Menschen von der Wichtigkeit des Wehrdienstes zu überzeugen. Die Zahl der Bewerbungen hat deutlich zugenommen.

Für die Reserve gibt es sogar mehr Bewerbungen als Plätze. Allerdings häufen sich Beschwerden, dass Anträge monatelang nicht bearbeitet werden. Was läuft da schief?

Der Aufbau der Reserve ist kein leichtes Unterfangen. Wir mussten die Strukturen, die nach Ende des Kalten Krieges abgebaut wurden, erst wieder schaffen. Dieser Prozess ist weitgehend abgeschlossen. Dazu kommt, dass unsere Soldatinnen und Soldaten umfassend ausgebildet sein müssen. Wer also direkt nach dem aktiven Dienst als Reservist mit frischem Wissen weitermachen will, für den finden wir aktuell auch eine Stelle. Für alle anderen erarbeiten wir gerade neue Konzepte, auch für deren Ausbildung.

Im Gesetzentwurf zum Neuen Wehrdienst ist auch eine Dienstpflicht vorgesehen. Sie soll greifen, wenn der Aufwuchs der Streitkräfte „zwingend erforderlich“, aber auf

freiwilliger Basis nicht zu erreichen ist. Was meinen Sie, sollten dann auch Frauen zum Wehrdienst verpflichtet werden?

Aus militärischer und meiner ganz persönlichen Sicht wäre auch das ein denkbarer Ansatz. In Ländern wie Israel, Norwegen und Schweden gibt es bereits eine Wehrpflicht für Frauen, in Dänemark wird sie 2026 eingeführt. Abgesehen davon, dass dafür das Grundgesetz geändert werden müsste, wüsste ich nicht, warum das bei uns nicht auch funktionieren sollte. Momentan sehe ich aber nicht, dass sich die politische Diskussion in diese Richtung entwickelt.

Die Bundeswehr bildet ukrainische Soldaten in Deutschland aus, um sie im Kampf gegen Russland zu unterstützen. Was kann die Bundeswehr ihrerseits vom Krieg in der Ukraine lernen?

Wir analysieren diesen Krieg sehr intensiv und lernen nicht nur von den Erfahrungen der ukrainischen Soldaten, sondern auch viel über den Einsatz neuer Waffensysteme, insbesondere von bewaffneten Drohnen. Da gibt es fundamentale Veränderungen. Wie können wir uns darauf vorbereiten? Wie muss ein Gefechtsstand aufgestellt, abgesichert und geschützt werden, um gegen einen Drohnenangriff gewappnet zu sein? Unsere Erkenntnisse berücksichtigen wir bereits auf allen Ebenen. Die Drohnenabwehr ist bei der Bundeswehr inzwischen Teil jeder Ausbildung.

Sie sind Ärztin, waren schon in Afghanistan und Bosnien im Einsatz. Wie gut ist der Sanitätsdienst auf eine Konfrontation mit Russland und eine möglicherweise hohe Zahl an verwundeten Soldaten vorbereitet?

Nicht ausreichend. Da geht es um die Versorgung mit Blutprodukten und bestimmten Medikamenten und die Frage, in welchen Größenordnungen wir was brauchen. Wir müssen klären, wo die Arzneimittel hergestellt und gelagert werden und wie Verletzte schnell und effizient zur am besten geeigneten Behandlungseinrichtung transportiert und dort versorgt werden. Das sind alles andere als triviale Themen, deswegen wird im Gesundheitsministerium gerade ein „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ erarbeitet. Unsere Infrastruktur muss insgesamt angepasst werden, auch die von Straßen, Brücken, Schienen. Denn unsere Rolle wäre inzwischen eine andere als im Kalten Krieg. Damals wären wir das Gefechtsfeld gewesen, heute hätten wir es aufgrund unserer Lage mit Truppenaufmärschen und -bewegungen zu tun.

Pistorius fordert, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Um diese Formulierung gab es viel Aufregung. Was halten Sie davon?

Ich sehe den Begriff positiv. Denn die Botschaft ist: Wir müssen uns auf einen Krieg vorbereiten, um ihn zu verhindern. Und die Gefahr wird ja nicht kleiner, nur weil wir sie ausblenden oder weniger klar benennen. Tatsache ist, dass wir noch lange nicht da sind, wo wir mit der Bundeswehr hinmüssen. Damit setze ich mich lieber aktiv auseinander. Je besser unsere Streitkräfte aufgestellt, ausgebildet und ausgerüstet sind, desto besser werden potenzielle Aggressoren abgeschreckt, unser Bündnis anzugreifen.

Das Interview führten
Johanna Metz und Alexander Weinlein. ■



Tatsache ist, dass wir noch lange nicht da sind, wo wir mit der Bundeswehr hinmüssen.

NICOLE SCHILLING



Rekruten in der „Ausbildung Ungedienter“ üben das Schießen mit der Pistole. © Archiv Reservistenverband/ Ralph Erlmeier

Stephan Sommer gehört zu den Jahrgängen, die keinen Wehrdienst mehr leisten mussten. 2011 setzte die damalige Bundesregierung die Wehrpflicht aus. Eigentlich brauchte sich der 30-Jährige aus Duisburg nicht mit der Frage zu beschäftigen, ob er einen Dienst in Uniform absolviert oder nicht. Stephan Sommer hat sich trotzdem dazu entschieden. Er möchte als Quereinsteiger Teil der Reserve der Bundeswehr werden und bewarb sich im April dieses Jahres für die Ausbildung zum Soldaten der Reserve beim Heimatschutzregiment 2 in Münster. Doch Sommer muss sich gedulden. Es ist zurzeit unklar, wie es mit der Ausbildung Ungedienter weitergeht. So wie Stephan Sommer hängen sprichwörtlich Tausende motivierte Frauen und Männer in der Luft. Droht die Bundeswehr, sie für die Reserve zu verlieren?

„Die politische Lage hat sich verschärft. Wenn es zum Krieg kommen sollte, würde ich mich verteidigen“, sagt Stephan Sommer zu seiner Motivation, warum er sich für die „Ausbildung Ungedienter“ beworben hat. Das Programm geht auf eine Initiati-

➤ Mehr Ausbildungskapazitäten wären nur folgerichtig, wenn man einen Blick auf die künftig notwendige Personalstärke der Streitkräfte wendet.

ve des Reservistenverbandes zurück. Der Verband führte 2018 zusammen mit der Bundeswehr diese Ausbildung als Pilotprojekt durch. In den folgenden Jahren übernahmen die Landeskommandos Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen das Konzept. So konnte die Bundeswehr regional mit Unterstützung des Reservistenverbandes Quereinsteiger für die Reserve gewinnen. Oberst d.R. Joachim Fallert, Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg, bezeichnet die Ausbildung Ungedienter als Erfolgsmodell: „Das Interesse ist seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine enorm gestiegen.“ Tatsächlich verzeichnete das Heimatschutzregiment 3 in Nienburg im Frühjahr 3.000 Bewerbungen für die Ausbildung Ungedienter. Bundesweit stehen in diesem Jahr aber nur 600 bis 800 Plätze zur Verfügung. Für das

Warum die Bundeswehr Gefahr läuft, Tausende Reservisten zu vergraulen

Auf der Warteliste

Aus Sicht des Reservistenverbandes ist das Programm »Ausbildung Ungedienter« ein Erfolg und notwendig, um den Personalbedarf der Bundeswehr zu decken. Derzeit gibt es aber mehr Interessenten als Kapazitäten

kommende Jahr haben bereits 1.000 Bewerber ihr Interesse beim Heimatschutzregiment 3 in Niedersachsen bekundet.

Die skeptische Haltung des Heeres hat mehrere Gründe

Eine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten wäre nur folgerichtig, wenn man einen Blick auf die künftig notwendige Personalstärke der Streitkräfte wendet. Das Verteidigungsministerium rechnet bis zum Jahr 2035 mit einem Bedarf von 260.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten. Zusätzlich hinzu kommen sollen 200.000 Reservistinnen und Reservisten. Aktuell sind etwas mehr als 51.000 Reservisten „beordert“ (eingeplant). Die Bundeswehr will künftig 15.000 freiwillig Wehrdienstleistende ausbilden. Allerdings hat zuletzt fast jeder vierte Rekrut seinen Wehrdienst abgebrochen. Hält dieser Trend an, ist absehbar: Mit dem „Neuen Wehrdienst“ (freiwillig) und der Grundbeorderung von ausscheidenden Soldaten wird das Personalziel nicht zu erreichen sein. Umso erstaunlicher ist es, dass die Bundeswehr Tausenden von motivierten Bewerbern für die Reserve die kalte Schulter zeigt. „Mit entsprechender Werbung und Ausbildungsunterstützung wäre die Ausbildung von bis zu 5.000 Bürgern für den Heimatschutz im Jahr möglich“, sagt hingegen Oberst d.R. Joachim Fallert. Im Heer winken die zuständigen Offiziere ab. Seit April dieses Jahres sind die Heimatschutzregimenter mit ihren Kompanien dem Heer unterstellt, das eine Heimatschutzdivision aufstellt. Auf die Ausbildung Ungedienter wollen die Verantwortlichen dabei aber nicht setzen.

Das hat mehrere Gründe. Beim Aufbau der ersten Heimatschutzregimenter war die Bundeswehr mit ihren Kompanien dem Heer unterstellt, das eine Heimatschutzdivision aufstellt. Auf die Ausbildung Ungedienter wollen die Verantwortlichen dabei aber nicht setzen.

ten. Dies änderte sich mit der Unterstellung der Heimatschutzkräfte unter das Dach des Heeres. Der Heimatschutz bekommt nun regelmäßig Personal durch Wehrdienstleistende, die dort ihre Grund- und Spezialausbildung leisten, und durch grundbeordnete Reservisten. Das Heer konzentriert sich nun auf die Ausbildung dieser Wehrdienstleistenden. Hinzu kommt, dass die Rekruten der Ausbildung Ungedienter im Vergleich

zur Ausbildung der Wehrpflichtigen in diesem Fall ergäbe eine Wochenendausbildung für Quereinsteiger keinen Sinn mehr, weil dann die Kapazitäten erst recht für die Wehrpflichtigen benötigt werden würden. Aus der Sicht des Reservistenverbandes ist dies allerdings zu kurz gedacht. Reservisten können bis zum 65. Lebensjahr theoretisch Dienst in Uniform leisten. Derzeit unterliegen ungefähr 900.000 Reservisten der

Mindestniveau ausgebildete Infanteristen eine Heimat finden können, damit diese den Aufwuchs und Feldersatz über einen langen Zeitraum schrittweise sicherstellen können. Wie könnte so eine Struktur aussehen? Denkbar wären Geräteeinheiten der Bundeswehr, mit denen der Reservistenverband im Rahmen der beorderungsunabhängigen Reservistenarbeit zusammenarbeiten könnte. Diese Leute können mit Unterstützung des Reservistenverbandes so weiterqualifiziert werden, dass der Übergang in den Heimatschutz oder andere Ergänzungstruppenteile des Heeres gewährleistet ist.

Dazu muss erst einmal feststehen, wie es mit der Ausbildung Ungedienter weitergehen soll. Mit dieser Frage beschäftigt sich nun das Kompetenzzentrum für Reservistenangelegenheiten der Bundeswehr. Aus der Sicht des Reservistenverbandes sollte das Programm weiter modularisiert und ausgebaut werden. Möglich wäre, genügend Ausbildungswochenenden auf zwei Jahre zu verteilen, um das notwendige Mindestausbildungsniveau zu erreichen.

Dabei könnte der Reservistenverband mit Inhalten aus der Militärischen Ausbildung, mit Angeboten der Online-Ausbildung (Digitale Ausbildung Reserve), mit Dienstleistungspaketen zu den Themen Erste Hilfe, Taktik und Gefechtsstandausbildung unterstützen. Schon jetzt geht der Verband verstärkt auf die Heimatschutzkompanien sowie Ergänzungstruppenteile zu, um Ausbildungsunterstützung zu leisten.

„Es ist nachvollziehbar, dass die Bundeswehr im Moment zu wenig Material und Ausbildungsplätze hat“, sagt Stephan Sommer. Zwar sei es frustrierend, dass er in seiner Motivation gebremst werde. Warten möchte er trotzdem und engagiert sich erst einmal ehrenamtlich im Reservistenverband.

Benjamin Vorhölder

Der Autor ist Redakteur bei „Die Reserve“ und „loyal – das Magazin für Sicherheitspolitik“.

Standorte der Heimatschutzdivision der Bundeswehr



zu den freiwillig Wehrdienstleistenden viel geringer qualifiziert sind. Sie scheiden als „Soldat Streitkräfte“ aus und müssten aufwändig nachgeschult werden. Hinter vorgehaltener Hand heißt es, dass sich die Bundeswehr ohnehin schon anstrengen muss, um Kapazitäten für die avisierten 15.000 Freiwilligen vorhalten zu können. An die Weiterbildung von ungenügend qualifizierten Quereinsteigern sei nicht zu denken. Skeptiker schreiben die Ausbildung Ungedienter noch aus einem anderen Grund ab: eine mögliche Wieder-

Wehrüberwachung. Das heißt, sie könnten in einem Spannungs- oder Verteidigungsfall herangezogen werden. Ein Berufstätiger, der 40 Jahre alt ist und vor 20 Jahren seinen Wehrdienst geleistet hat, würde genau in diese Kategorie fallen und könnte im Verteidigungsfall zum Wehrdienst verpflichtet werden. Wer 20 Jahre oder länger aus den Streitkräften raus ist, müsste dann im Ernstfall ähnlich neu qualifiziert werden wie Quereinsteiger. Die territoriale Verteidigung der Bundeswehr benötigt daher eine Struktur, in der auf ein einfaches

Neues Wehrdienstgesetz

Wer muss dienen?

Reicht der freiwillige Wehrdienst nicht aus, um die Personalstärke der Bundeswehr zu erhöhen, signalisieren Union und SPD auch eine »verpflichtende Heranziehung«

Es sind 170.377 Berufs- und Zeitsoldaten, die mit dem Stand Juni 2025 ihren Dienst bei der Bundeswehr leisten, 11.007 Frauen und Männer leisten ihren freiwilligen Wehrdienst, immerhin 2.507 mehr als 2021. Und trotzdem ist die Zahl der Soldaten insgesamt seit 2021 um 2.316 auf 181.384 gesunken, da es weniger Zeitsoldaten gibt. Dabei braucht Deutschland nach Lesart der Bundesregierung mehr Soldaten. Angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und Drohungen aus Moskau gegen EU- und Nato-Staaten hält sie die Personalstärke der deutschen Streitkräfte für zu klein. Die Truppe muss wachsen. »Wir gehen davon aus – das ist aber auch nur eine Daumengröße, um es klar zu sagen –, dass wir rund 50.000 bis 60.000 Soldatinnen und Soldaten in den stehenden Streitkräften mehr brauchen als heute«, erklärte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) Anfang Juni 2025. Mittlerweile liegt die Zielvorgabe sogar bei rund 80.000. Außerdem soll die Zahl der Reservisten von heute 60.000 auf 200.000 steigen. Das Ziel dabei: Freiwilligkeit. Dieses Prinzip gilt seit dem Jahr 2011, als die Wehrpflicht ausgesetzt wurde. Jetzt sollen auf dieser Basis mehr junge Menschen zur Bundeswehr kommen. Reicht das nicht, signalisieren die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD auf Anfrage aber die Bereitschaft, wieder stärker auf eine Pflicht zum Dienst zu setzen.

Pistorius selbst nährt Zweifel, dass Freiwilligkeit ausreicht

Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat am 27. August 2025 auch die schwarz-rote Bundesregierung beschlossen. »Wir setzen beim neuen Wehrdienst ganz klar auf Freiwilligkeit und gehen davon aus, dass mit einem vernünftigen Maßnahmenpaket der Bedarf der Bundeswehr durch Freiwillige gedeckt werden kann«, erklärt Falco Droßmann, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Reiche das jedoch nicht aus, werde im Gesetz entsprechende Vorsorge getroffen, die eine verpflichtende Heranziehung ermögliche, für den Fall, »dass die verteidigungspolitische Lage dies zwingend erfordert«, der steigende Bedarf nicht durch Freiwillige gedeckt werden könne und der Bundestag zustimme. Es gebe für die Aktivierung

der Wehrpflicht aber »in aller Deutlichkeit keinen Automatismus«, keine festgelegte Zahl und keinen festgelegten Zeitpunkt, stellt Droßmann klar. Dem Gesetzentwurf zufolge sollen zunächst aber alle jungen Leute künftig einen Musterungsfragebogen erhalten, den aber nur Männer ausfüllen müssen. Dabei soll die grundsätzliche Bereitschaft zum Dienst an der Waffe abgefragt werden. 400.000 Personen würde das pro Jahr betreffen. Die Musterung soll bis zu einem Alter von 25 Jahren gelten. Bis 2029 soll es mehr als 30.000 Wehrdienstleistende pro Jahr geben. Auch die Union setzt zunächst weiterhin auf Freiwilligkeit. Die Rahmenbedingungen und die Vergütung müssten dafür attraktiver werden, fordert Thomas Erndl (CSU), verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Auch das ist im Regierungsentwurf verankert: Wehrdienstleistende sollen künftig als Zeitsoldaten eingestuft und somit deutlich besser bezahlt werden, laut Medienberichten während des sechsmonatigen Basisdienstes mit mehr als 2.000 Euro monatlich. Da es aber »um die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes, unseres Bündnisses und unseres gemeinsamen Wertefundamentes« gehe, erachtet auch Erndl »für den Fall, dass die Zielzahlen durch Freiwillige nicht erreicht werden, einen fließenden Übergang zu einer verpflichtenden Heranziehung« als nötig. Der Generalinspekteur habe dargelegt, wie hoch die personellen Bedarfe aus militärischer Sicht seien. »Das ist die Grundlage für politische Entscheidungen – die möglicherweise wenig populär sind und deshalb mutig angegangen werden müssen.« Einzig die AfD hatte sich bereits im Wahlprogramm dafür ausgesprochen, die Wehrpflicht wieder einzusetzen, inklusive des Ersatzdienstes (für Kriegsdienstverweigerer). Dazu erklärt Rüdiger Lucassen, verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion: »Wir halten eine Dauer von zwölf Monaten für zweckmäßig.« Eine Wehrpflicht für Frauen dagegen lehne die AfD ab. Lucassen: »Soldaten nehmen Leben – Frauen schenken Leben.« Persönliche halte er »es aber für legitim, zumindest über die Möglichkeit einer geschlechtergerechten Ausgestaltung der Wehrpflicht nachzudenken«, verweist jedoch auf die dafür notwendige Grundgesetzänderung und entspre-

chend notwendige Mehrheiten. »Der freiwillige Dienst steht Frauen weiterhin offen«, sagt Lucassen. Bei Bündnis 90/Die Grünen war im Programm zur Bundestagswahl von einem Bekenntnis zu einem freiwilligen Wehrdienst zu lesen, »der durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen« für »eine breite Zielgruppe« attraktiver werden soll. Weiter steht dort: »Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es schnelle Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der Wehrrfassung, die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt.« In ihrem Wahlprogramm hat die Union ferner »perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr« gesetzt. Damit sind CDU und CSU auf Kurs des Bundespräsidenten. Frank-Walter Steinmeier hatte sich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit für eine »soziale Pflichtzeit« von sechs bis zwölf Monaten für alle ausgesprochen. Für SPD-Politiker Droßmann kann eine soziale Pflichtzeit oder ein Gesellschaftsjahr zwar »grundsätzlich das soziale Miteinander, den Respekt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft stärken«, aber dafür sei eine verfassungsändernde Mehrheit nötig.

Linke gegen Wehrpflicht, Verband hält neue Kasernen für nötig

Die Linke hatte im Wahlprogramm klargestellt: »keine Wiedereinführung der Wehrpflicht!« Ulrich Thoden, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion, sagt: »Teil der Begründung auf Wiedereinführung der Wehrpflicht ist die Behauptung, Russland würde die NATO 2029 angreifen, diese Behauptung ist in keinsten Weise belegt.« Die Linke werde sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass es keine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht gebe. Auch einen sozialen Pflichtdienst lehnt Thoden ab, dieser »wäre wieder ein Zwangsdienst«. Auf eine wiedereingesetzte Wehrpflicht müsste sich die Bundeswehr logistisch erst vorbereiten. So sagte Oberst André Wüstner, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, jüngst im »Welt«-Interview, dass für die höhere Zahl von Soldaten Bestandsimmobilien saniert und abgegebene Liegenschaften zurückgeholt werden müssten. Außerdem müsse man »dazu noch im zweistelligen Bereich neue Kasernen bauen«. Stephan Balling

Interview mit Kathrin Groh

»Gründe für die Pflicht«

Was die Verfassung zum Wehrdienst und Co. sagt

Frau Professor Groh, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier plädiert für ein verpflichtendes soziales Gesellschaftsjahr für alle. Wäre das mit dem Grundgesetz (GG) vereinbar?

Nein, dafür müsste das Grundgesetz geändert werden, was aber möglich ist, wenn sich in Bundestag und Bundesrat jeweils eine Mehrheit von zwei Dritteln dafür findet.

Wie passt ein Pflichtdienst zu den unveränderlichen Grundrechten?

Artikel 79 Absatz 3 GG benennt lediglich den Artikel 1, also die Unantastbarkeit der Menschenwürde, und Artikel 20, das Demokratieprinzip, als nicht änderbar. Eine allgemeine Arbeitspflicht verstößt sicher nicht gegen die Menschenwürde und es wäre vielleicht sogar eher demokratieförderlich, wenn jeder einen Beitrag leisten müsste. Es gibt gute Gründe für eine Dienstpflicht, etwa die Förderung des Gemeinsinns oder der gesellschaftlichen Resilienz.

Artikel 12 GG ermöglicht schon heute eine Arbeitspflicht »im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht«.

Dieser Artikel zielt auf traditionelle Dienste, etwa beim Deichbau oder der Feuerwehr, aber nicht auf ein allgemeines Gesellschaftsjahr. Das gab es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht, weshalb es nicht »herkömmlich« sein kann.

Was ist mit Artikel 12a GG, der für Männer den Militärdienst oder einen Dienst bei der Bundespolizei oder einem Zivildienstverweigerer kennt?

Dieser Artikel zielt auf die Gesamtverteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik. Ein verpflichtendes soziales Gesellschaftsjahr würde darüber hinaus gehen und wäre damit derzeit nicht grundgesetzkonform.

Ist eine allgemeine Dienstpflicht für Männer bei der Bundeswehr, der Bundespolizei oder im Zivildienst, also etwa bei Feuerwehr oder Technischem Hilfswerk (THW), ohne Grundgesetzänderung möglich?

Diese Pflicht gibt es bereits. Sie müsste reaktiviert werden. Wichtig ist aber, dass dabei das Prinzip der Wehrgerechtigkeit eingehalten wird. Das bedeutet, es müsste immer ein gesamter Jahrgang, das wären etwa 350.000 junge Männer, eingezogen werden. Wenn die Bundeswehr davon nur 60.000 benötigt, dann müssten bei Feuerwehr und THW ständig 290.000 junge Männer ihren Dienst tun. Es könnte für THW und Feuerwehren schwierig werden, Kapazitäten für so viele Dienstleistende zu schaffen. Mit Blick auf die Bundespolizei wären zudem komplexe gesetzliche Änderungen nötig, beispielsweise, weil sich die Tauglich-

keit dort nach der Bundespolizeidienstverordnung richtet, und derzeit der Dienst auf die Verbeamtung vorbereiten soll. Diese Änderungen könnten aber mit einfachen Mehrheiten im Deutschen Bundestag beschlossen werden, ohne das Grundgesetz zu ändern.

Was ist mit denjenigen, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen verweigern?

Wer aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigert, müsste wie früher zu einem Zivildienst herangezogen werden, entweder bei einem Zivildienstverband oder beispielsweise in



Kathrin Groh ist Professorin für Öffentliches Recht an der Universität der Bundeswehr München.

© privat

einer sozialen Einrichtung wie einem Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung. Im Einzelnen müsste das der Gesetzgeber regeln, wenn er die Wehrpflicht reaktiviert.

Wie beurteilen Sie die Pläne von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) für eine Wehrpflicht?

Das derzeit diskutierte Modell geht von mehreren Eskalationsstufen aus, beginnend mit einem freiwilligen Wehrdienst. Stufe zwei sähe dann eine Art selektive Wehrpflicht für etwa 60.000 Wehrpflichtige vor. Das würde gegen den Grundsatz der Wehrgerechtigkeit verstoßen, den das Bundesverfassungsgericht als Bedingung für eine allgemeine Wehrpflicht vorgibt. Wer und wie viele junge Männer eingezogen werden, darf sich nicht allein am Bedarf der Bundeswehr ausrichten.

Inwiefern ist ein Pflichtdienst nur für Männer mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes vereinbar?

Da das Grundgesetz selbst in Artikel 12a eine Ausnahme von diesem Grundsatz macht, ist die Wehrpflicht nur für Männer insgesamt verfassungskonform.

Was ist mit einem verpflichtenden Militärdienst für Frauen?

Derzeit verbietet Artikel 12a Absatz 4 GG, Frauen zum Dienst an der Waffe zu verpflichten.

Das Interview führte Stephan Balling. ■



Feierlich gelobene junge Soldatinnen und Soldaten, die die Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen.

© picture alliance/Methodi Popov

HIER DIENEN SIE:

Mitte Mai hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags eine Übersicht über die Wehrpflicht in ausgewählten europäischen Staaten veröffentlicht.

> Demnach gilt eine **allgemeine Wehrpflicht** für taugliche junge Männer eines Jahrgangs in: Estland (Einberufungsziel: 60 Prozent eines Jahrgangs), Finnland, Österreich, Schweden (aber 2024 wurden nach einem mehrstufigen Verfahren nur sieben Prozent der Jahrgangskohorte eingezogen)

> Hier gilt das **Losverfahren** für einen Anteil an einer Alterskohorte: Norwegen

> Nur bei **wenigen Freiwilligen** ziehen ein: Dänemark, Lettland, Litauen

> Eine **Wehrrfassung ohne Wehrpflicht** haben: Niederlande, Polen

> Eine **längere Wehrpflicht** plant Dänemark (zwölf statt vier Monate)

bal ■

Diversität in der Truppe

(K)ein Spiegelbild der Gesellschaft

Lange hat die Bundeswehr Teile der Bevölkerung ausgegrenzt. Seit einigen Jahren öffnet sie sich, doch die Entwicklung ist schleppend

Soldatin und transgeschlechtlich – für Offizierin Anastasia Biefang ist das kein Widerspruch mehr. Doch so offen wie heute hat sie nicht immer über ihre Identität sprechen können: „Ich habe sehr lange privat mit mir und meiner Transgeschlechtlichkeit gehandelt. Das System Bundeswehr war nicht hilfreich dafür, dass ich damit früh gut umgehen konnte.“ Seit 1994 ist Biefang in der Bundeswehr.

Als sie 2015 ihr Coming-out plante, habe ein befreundeter Kamerad damals Zweifel geäußert, ob dieser Schritt gut für ihre Karriere als Soldatin sei. Biefang wagte den Schritt trotzdem.

Mittlerweile ist sie stellvertretende Vorsitzende von QueerBW, einem unabhängigen Verein, der sich für die Belange von queeren Menschen in der Bundeswehr einsetzt. Der Verein betreibt unter anderem eine Hotline, über die Soldatinnen und Soldaten sowie Angehörige sich beraten lassen können. Fragen wie: „Ich bin schwul, wie sage ich es meinem Chef?“, wü-

lange hat die Institution sich dem Weg zu einer vielfältigeren Armee verschlossen und marginalisierte Gruppen vom Dienst ausgeschlossen. So wurde die völlige Gleichstellung von homosexuellen Soldaten beispielsweise erst im März 2000 beschlossen. Obwohl Homosexualität bereits mit einer Strafrechtsreform 1969 in Teilen entkriminalisiert worden war und einvernehmlicher Sex unter Männern ab dem 21. Lebensjahr von da an legal, bezog sich dies nur auf den Zivilbereich. In der Bundeswehr galt auch danach, dass, wer Karriere machen wollte, seine Homosexualität verbergen musste.

Frauenanteil bei den Streitkräften liegt weit unter 20 Prozent

Auch Frauen waren lange vom Dienst in den Streitkräften ausgeschlossen. Erst durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2001, das den Ausschluss von Frauen aus kämpfenden Einheiten für rechtswidrig erklärte, änderte sich dies. Nach dem Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz soll der Frauenanteil in der Bundeswehr bei 20 Prozent liegen. Diesen Zielwert verfehlt die Bundeswehr seit Jahren. Laut dem Wehrbericht von 2024 lag der Frauenanteil bei rund 13,2 Prozent. Es zeigen sich dabei starke Unterschiede in den Bereichen: Während im Sanitätsdienst die Zielmarke von 50 Prozent Frauen mit rund 45 Prozent nur knapp verfehlt wird, sind es im Heer rund 7,7 Prozent, bei der Luftwaffe rund 10,2 Prozent und in der Marine etwa 11,4 Prozent. Insgesamt gibt es in den Streitkräften bislang kaum Frauen in Führungspositionen (siehe auch Seite 9).

Der Frauenanteil in der Bundeswehr ist statistisch gut erfasst. Es gibt aber insgesamt wenig Informationen darüber, wie divers die Bundeswehr aufgestellt ist. Die einzigen repräsentativen Zahlen stammen hierbei aus der Studie „Bunt in der Bundeswehr?“, die sie im Jahr 2019 in Auftrag gegeben hat und die unter anderem nach der Geschlechtsidentität, sexuellen Orientierung, dem Migrationshintergrund und der religiösen Zugehörigkeit fragte. Während die Bundeswehr 2024 nur einen Auszug der Ergebnisse veröffentlichte, ist die gesamte Studie, an der sich rund 13.000 Beschäftigte aus dem militärischen und zivilen Bereich beteiligten, auf „Frag den Staat“ abrufbar. Etwa 1,5 Prozent der Soldatinnen und Soldaten identifizierten sich zum Zeit-

punkt der Befragung als transgeschlechtlich. Der Großteil der Teilnehmenden (93,3 Prozent) gab an, heterosexuell zu sein, gefolgt von 2,3 Prozent Homosexuellen und jeweils 1,8 Prozent, die bisexuell oder

nen als es eine einheitliche Armee aus christlichen, weißen Männern tun würde.“ So hätten beispielsweise Soldatinnen während eines Einsatzes im Kosovo ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse von Frauen vor Ort gezeigt als ihre männlichen Kollegen. Auf ihrer Internetseite hebt auch die Bundeswehr zwar immer wieder ihren eigenen Anspruch hervor, ein Spiegelbild der Gesellschaft sein zu wollen, und schreibt, dass sie „nicht die Verteidigungsinstitution der weißen, christlichen, heterosexuellen Elite, sondern aller Bürgerinnen und Bürger ist und die Rechte aller schützt“. Das selbstgesetzte Spiegelbild-Ziel konnte sie bislang jedoch nicht erreichen.

Bestandsaufnahme statt Zukunftsvision

Obwohl die Bundeswehr aus der Studie den klaren Handlungsauftrag abgeleitet habe, Maßnahmen für mehr Vielfalt umzusetzen, belasse es auch die neue „Agenda Vielfalt“ bei einer Bestandsaufnahme anstatt auf „ehrgeizige Zukunftsvisionen“ zu setzen, kritisiert die ehemalige Wehrbeauftragte Eva Högl im aktuellen Wehrbericht. Im Februar 2024 veröffentlicht, ist die „Agenda Vielfalt“ eine Leistungsbilanz der bisherigen Maßnahmen des Verteidigungsministeriums für Chancengleichheit, Vielfalt und Inklusion.

Das es die Agenda gibt und die Bundeswehr sich aktiv für Vielfalt einsetzt, ist laut Apelt grundsätzlich ein positives Zeichen. Auch wenn der Weg noch weit sei, schließlich sei die Bundeswehr von einer „langen Tradition von heteronormativer-weißer Männlichkeit in den Streitkräften“ geprägt. „Eine solche Organisationskultur im Inneren zu verändern, ist eine große Herausforderung“, so Apelt.

Soldatin Biefang beobachtet die Entwicklung der Bundeswehr in den vergangenen Jahren ebenfalls mit Optimismus. Führungspersonal werde etwa mittlerweile zum Thema Diversität geschult. Doch sie findet, dass die Institution noch deutlich vielfältiger und queer-freundlicher werden müsse. Obwohl zum Beispiel das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der geschlechtlichen Identität auch in der Bundeswehr gelte und die Kategorie „divers“ eingeführt wurde, gebe es etwa bei den Vorschriften zum äußeren Erscheinungsbild und der Anzugordnung weiterhin nur die Kategorien männlich und weiblich.

Ein Blick in die Studie „Bunt in der Bundeswehr?“ offenbart zudem ein

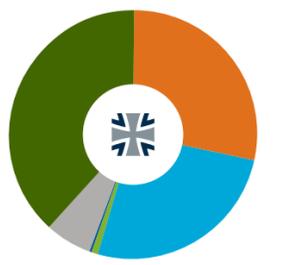
grundsätzliches Problem: Etwa zehn Prozent der Befragten, die sich in der Studie „Bunt in der Bundeswehr?“ als transgeschlechtlich einordnen, gaben an, in den vergangenen zwei Jahren aufgrund der Geschlechtsidentität Diskriminierung erfahren zu haben.

Auch bei den Aufstiegschancen zeigten sich laut den beiden Expertinnen Unterschiede in den Gruppen. Biefang kennt beispielsweise keinen General oder keine Generalin, die offen homosexuell lebt. Soziologin Apelt hat in Interviews von transgeschlechtlichen Soldatinnen und Soldaten erfahren, dass sich die Übernahme in den Berufssoldatenstand schwierig gestaltet, solange der Transitionsprozess – also der Wechsel des Geschlechts – noch nicht abgeschlossen sei.

„Queer sein in der Bundeswehr heißt nach wie vor, für Rechte zu kämpfen“, sagt Biefang. Dass die Bundeswehr ihrer Erfahrung nach von außen

Religionszugehörigkeit bei der Bundeswehr

Anteil unter Beschäftigten



Quelle: Studie „Bunt in der Bundeswehr?“

asexuell sind. Je nach Umfrage liegt der Wert der Personen, die sich der LGBTQIA+-Community zugehörig fühlen, in der Gesamtbevölkerung zwischen sieben und fünfzehn Prozent.

Diversere Armeen haben laut Studie Vorteile im Einsatz

Die größte Diskrepanz zwischen Gesamtgesellschaft und Bundeswehr zeigt sich mit Blick auf den Migrationshintergrund. In der Gesamtbevölkerung haben laut Statistischem Bundesamt rund 21,2 Millionen Menschen – also mehr als 25 Prozent – einen Migrationshintergrund, in der Bundeswehr sind es 8,9 Prozent. Ein Fakt, der unter anderem darauf beruhe, dass der Eintritt in die Bundeswehr in Deutschland an die Staatsbürgerschaft gebunden sei, erklärt Maja Apelt, Professorin für Organisations- und Verwaltungssoziologie an der Universität Potsdam. Dies sei in anderen Armeen anders. Auch bei der Landespolizei gebe es in einigen Bundesländern Regelungen, die es zum Beispiel erlauben, Bürger anderer EU-Staaten einzustellen.

Die Beobachtung von Streitkräften habe gezeigt, dass Diversität in einer Truppe ganz praktische Vorteile mit sich bringt: „Besonders in Krisengebieten reagieren vielfältige Streitkräfte besser auf die Konflikte in den Regio-

Migrationshintergrund bei der Bundeswehr

Anteil unter Beschäftigten



Quelle: Studie „Bunt in der Bundeswehr?“

nicht als queer-freundlicher Ort angesehen werde, mache es schwierig, Nachwuchs aus der Community zu gewinnen. Hier müsse die Bundeswehr nachbessern und die Vielfalt in den eigenen Reihen sichtbarer nach außen tragen, fordert Biefang.

Allerdings dürfe sie nicht das Gefühl vermitteln, sich nur zu öffnen, um das angestrebte Ziel von 260.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten zu erreichen. „Als queerer Mensch möchte ich nicht nur gewollt werden, um eine Lücke zu füllen, sondern weil ich aktiv einen Beitrag leisten kann und der Wille da ist, die Vielfalt der Gesellschaft auch in den Streitkräften abzubilden.“

des

Sexuelle Orientierung bei der Bundeswehr

Anteil unter Beschäftigten



Quelle: Studie „Bunt in der Bundeswehr?“

den zeigen, dass noch immer große Unsicherheit bei den Betroffenen herrsche. Insgesamt sei das Beratungsaufkommen in den letzten Jahren stark angestiegen, sagt Biefang. Sie wertet dies als Zeichen, dass sich immer mehr Soldaten trauen, offen mit ihrer sexuellen oder transgeschlechtlichen Identität umzugehen. Dennoch gehörten Unverständnis, Witze und Ausgrenzung auch heute noch für viele von ihnen zum Alltag – auch wenn die Bundeswehr mittlerweile aktiv dagegen vorgehe.

PERSONALIA

Reinhold Hiller

Bundestagsabgeordneter 1983-2002, SPD

Am 19. Juli starb Reinhold Hiller im Alter von 75 Jahren. Der Diplom-Handelslehrer aus Lübeck, SPD-Mitglied seit 1970, war von 1982 bis 1983, von 2003 bis 2008, von 2009 bis 2013 und 2018 Mitglied der dortigen Bürgerschaft sowie von 2003 bis 2008 Erster stellv. Stadtpräsident. Im Bundestag wirkte Hiller im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen, im Petitionsausschuss sowie im Verkehrsausschuss mit.

Heidemarie Ehlert

Bundestagsabgeordnete 1998-2002, PDS

Heidemarie Ehlert wird am 1. September 75 Jahre alt. Die Diplom-Ökonomin und Steueroberinspektorin aus Halle (Saale) trat 1969 der SED und 1989 der PDS bei und ist heute Mitglied der „Linken“. Von 1990 bis 2004 gehörte sie dem Stadtrat in Halle an und ist seither Mitglied des Stadtrats in Dessau-Roßlau. Ehlert engagierte sich im Bundestag im Finanzausschuss.

Manfred Lischewski

Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 2. September begeht Manfred Lischewski seinen 85. Geburtstag. Der promovierte Chemiker aus Halle (Saale) trat im August 1990 der CDU der DDR bei. Lischewski arbeitete im Forschungsausschuss sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit, an dessen Spitze er von 1994 bis 1998 stand.

Josef Klein

Bundestagsabgeordneter 1972-1976, CDU

Am 5. September vollendet Josef Klein sein 85. Lebensjahr. Der Akademische Oberrat und spätere Universitätsprofessor für Sprachwissenschaft aus Stolberg/Kreis Aachen schloss sich 1966 der CDU an, war dort von 1979 bis 1984

19. 7. 2025

Ratsherr und von 1969 bis 1973 Mitglied des Kreistags Aachen. Von 1976 bis 1978 amtierte er als Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission der CDU-Sozialausschüsse. Klein wirkte im Bundestag im Städtebauausschuss mit.

75 JAHRE

Rudolf Bindig

Bundestagsabgeordneter 1976-2005, SPD

Rudolf Bindig begeht am 6. September seinen 85. Geburtstag. Der Diplom-Kaufmann aus Weingarten/Kreis Ravensburg trat 1967 in die SPD ein, gehörte von 1973 bis 1993 dem Landesvorstand in Baden-Württemberg an und war von 1996 bis 2009 SPD-Kreisvorsitzender in Ravensburg. Bindig, von 1983 bis 2005 Sprecher seiner Bundestagsfraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, engagierte sich zumeist im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von 1988 bis 2006 gehörte er der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU an und amtierte von 2002 bis 2006 als Vizepräsident des Europarats.

85 JAHRE

Michael Leja

Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Michael Leja wird am 8. September 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Quedlinburg trat 1977 der CDU in der DDR bei. Von 1993 bis 1998 amtierte er als Kreisvorsitzender in Quedlinburg. Leja gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer und dem Bundestag an.

80 JAHRE

Klaus Breil

Bundestagsabgeordneter 2009-2013, FDP

Klaus Breil vollendet am 9. September sein 80. Lebensjahr. Der Unternehmensberater aus Bernried/Kreis Weilheim-Schongau trat 1982 der FDP bei, gehörte von 2001 bis 2011 dem bayerischen Landesvorstand an und

85 JAHRE

Ingrid Matthäus-Maier

Bundestagsabgeordnete 1976-1982, FDP, 1983-1999, SPD

Am 9. September begeht Ingrid Matthäus-Maier ihren 80. Geburtstag. Die Richterin aus Münster schloss sich 1969 der FDP an, war 1972/73 Vorsitzende der Jungdemokraten und gehörte von 1972 bis 1976 sowie von 1978 bis 1982 dem FDP-Bundesvorstand an. Nach dem Koalitionswechsel ihrer Partei im Herbst 1982 trat sie zur SPD über und gehörte von 1995 bis 1999 dem Bundesvorstand an. Matthäus-Maier, die im Bundestag vorwiegend im Finanzausschuss mitarbeitete, hatte von 1979 bis 1982 dessen Vorsitz inne. Von 1988 bis 1999 amtierte sie als finanzpolitische Sprecherin und als stellv. Fraktionsvorsitzende. Von 1999 bis 2008 gehörte sie dem Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an und war von 2006 bis 2008 Vorstandssprecherin.

75 JAHRE

Kurt Faltlhauser

Bundestagsabgeordneter 1980-1995, CSU

Am 13. September vollendet Kurt Faltlhauser sein 85. Lebensjahr. Der Diplom-Volkswirt aus München schloss sich 1963 der CSU an, war dort von 1987 bis 1999 Kreisvorsitzender und gehörte von 1991 bis 2007 dem CSU-Parteivorstand an. Der langjährige finanzpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion engagierte sich vorwiegend im Finanzausschuss. 1994/95 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Von 1974 bis 1980 und von 1998 bis 2008 gehörte er dem Bayerischen Landtag an und amtierte von 1998 bis 2007 als bayerischer Finanzminister.

80 JAHRE

80 JAHRE

85 JAHRE

bmh

»Loyale Armee der Republik«

Der Militärgeschichtler Sönke Neitzel über die Bundeswehr, ihr Selbstverständnis und ihre Traditionen sowie den Wunsch nach militärischen Vorbildern in den Kampftruppen

Bei Gründung der Bundeswehr 1955 sollte keine „neue Wehrmacht“ entstehen, sondern in der Demokratie verankerte Streitkräfte. Ausdruck dieses Anspruchs war das Konzept der Inneren Führung und das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“. Ist die Bundeswehr diesem Anspruch vollumfänglich gerecht worden?

Diesem Anspruch ist sie absolut gerecht geworden. Die Bundeswehr sollte im Gegensatz zur Reichswehr in der Weimarer Republik eine Armee der Republik werden und nicht nur eine Armee in der Republik. Sicherlich war dieser Weg steinig, und ein Idealzustand lässt sich wahrscheinlich nie erreichen. Nicht jeder Soldat der Bundeswehr ist vom Verfassungspatriotismus durchdrungen, und es finden sich auch immer wieder Extremisten in ihren Reihen. Aber die Bundeswehr war in ihrer Geschichte nie eine Gefahr für die Demokratie und hat ihr loyal gedient.

Trotz der bewussten Abgrenzung zu Reichswehr und Wehrmacht gab es aber personelle Kontinuitäten...

Ja, rund 40.000 Soldaten der Wehrmacht und 500 der Waffen-SS wurden in die Bundeswehr übernommen.

Wie stark haben diese personellen Kontinuitäten denn die Bundeswehr in ihrer inneren Verfasstheit geprägt? Oder überspitzt formuliert: Wie viel Wehrmacht steckte dann doch in den neuen Streitkräften?

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Gegensatz zur DDR für eine Elitenkontinuität entschieden. Allein 44 Generale der Wehrmacht haben die Bundeswehr mit aufgebaut. Der erste Generalinspekteur, Adolf Heusinger, hatte sogar noch in der kaiserlichen Armee gedient. Natürlich gab es im Bereich des militärischen Handwerks einen starken Bezug zu den Vorgängerarmeen, und die Offiziere und Unteroffiziere waren durch ihre militärischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg geprägt. Dies mischt sich in der Bundeswehr aber mit den Einflüssen der alliierten Partner. Sie bekommt zunächst amerikanische Ausrüstung, hat amerikanische, britische und französische Ausbilder, die ihre Vorstellungen und militärische Kultur einbringen. Die jüngeren deutschen Offiziere wiederum entwickeln ihre eigenen Ideen. Durch all diese Einflüsse entwickelt die Bundeswehr ihren ganz eigenen Fußabdruck. Sie unterscheidet sich da nicht von der Nachkriegsgesellschaft insgesamt. Rund neun Millionen ehemalige Wehrmachtssoldaten lebten in der Bonner Republik. Noch 1969 hatten zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten eine Wehrmachtvergangenheit. Auf der anderen Seite hat die Bundeswehr aber schon sehr früh den militärischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten und das Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler als wichtigen Referenzpunkt in ihr Traditionsverständnis aufgenommen, und dies hat sich auch gegen Widerstände durchgesetzt.

Gab es auf Seiten der Nato-Verbündeten Vorbehalte, dass sie nun mit den ehemaligen Feinden zusammenarbeiten sollten?

Das war unterschiedlich. In Frankreich gab es in den 1950er Jahren durchaus Vorbehalte und Zögerlichkeit bei der Zusammenarbeit mit deutschen Offizieren. Aber insgesamt spielte das erstaunlicherweise keine große Rolle. In den westlichen Armeen gab es eher eine Art von Soldatensolidarität mit den Deutschen. Es gab auch durchaus Bewunderung für

die militärische Effizienz der Wehrmacht. Mitunter war die sogar überzogen, weil man den eigenen Sieg über die Wehrmacht noch größer erscheinen lassen wollte. Vor allem die amerikanischen Militärs sind an den Verbrechen der Wehrmacht kaum interessiert, denken in einer rein militärischen Logik. Für sie geht es in erster Linie darum, einen neuen Verbündeten gegen die Sowjetunion zu finden. Ein britischer Militärattaché beispielsweise hatte gar kein Verständnis für die Reformen im neuen deutschen Militär, bezeichnet die Institution des Wehrbeauftragten als „crowning nonsense“, als völligen Unsinn. Die Deutschen sollen in erster Linie kämpfen können.

Sie haben das Traditionsverständnis der Bundeswehr angesprochen. Warum spielen Traditionen im Militär überhaupt eine so große Rolle?

Alle Streitkräfte weltweit haben ihre eigenen Traditionen und pflegen diese. Es ist schon auch eine wichtige gesellschaftliche Frage, welche Identität Soldaten haben. Was in der deutschen Zivilgesellschaft oft ausgeblendet wird, ist der Zweck von Streitkräften – nämlich die Androhung und notfalls auch Anwendung von militä-

rischer Gewalt. Die Bundeswehr ist kein bewaffnetes Technisches Hilfswerk – auch wenn sie dies in den vergangenen 30 Jahren in verschiedenen Auslandseinsätzen oft zu sein schien. Wenn Soldaten in einen Kampfeinsatz geschickt werden, dann rücken

» Eine Armee, die nicht kriegstüchtig ist, sollte man auflösen, denn sie verfehlt ihren Zweck.

SÖNKE NEITZEL

Verfassungspatriotismus und Demokratie in den Hintergrund. Die Soldaten schauen nach Vorbildern, die militärische Leistungen vollbracht haben. Vor allem suchen sie diese Vorbilder auf der gleichen Ebene: Ein Zugführer der Panzertruppe sucht sich als Vorbild einen Panzersoldaten, der etwas als Panzersoldat geleistet hat und nicht beim Elbehochwasser. Vor allem in den Kampftruppen wünschen sich viele Soldaten der Bundeswehr artgerechte Vorbilder. Das ist im zivilen Bereich nicht anders. Wir alle haben Vorbilder, denen

ZUR PERSON

Sönke Neitzel, Jahrgang 1968, studierte Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft an der Universität Mainz. Nach der Promotion folgten unterschiedliche Lehraufträge im In- und Ausland. Seit 2015 ist er Lehrstuhlinhaber für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam. Zu seinen bekanntesten Publikationen gehören die Bücher „Abgehört. Deutsche Generale in britischer Kriegsgefangenschaft 1942–1945“ und „Deutsche Krieger: Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte“. Zuletzt erschien „Die Bundeswehr“ bei C.H. Beck.



Der Militärgeschichtler Sönke Neitzel

© picture alliance/teutopress

Untergehen wird die Bundeswehr deshalb nicht. Aber in den Kampftruppen der Bundeswehr wird dies durchaus als Leerstelle empfunden. Und die einzige Partei, die das aktuell offen thematisiert, ist ausgerechnet die rechtsradikale AfD. Da ist mir nicht wohl. Im vergangenen Jahr gab es aus dem Verteidigungsministerium zwar Ergänzungen zum Traditionserschluss von 2018, in denen auf die militärischen Leistungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg jener Soldaten hingewiesen wurde, die maßgeblich am Aufbau der Bundeswehr und nicht an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Aber nach wenigen Wochen hat das Ministerium dieses Papier wieder einkassiert aus Angst vor falschen Interpretationen. Wir müssen uns schon die Frage stellen, was Traditionsverständnis unter den Vorzeichen der Zeitenwende bedeutet und welche Vorbilder Soldaten brauchen, wenn sie notfalls kämpfen sollen.

Nun hat Verteidigungsminister Boris Pistorius davon gesprochen, die Bundeswehr müsse wieder „kriegstüchtig“ werden. Ist das die richtige Wortwahl?

Ich finde das die richtige Wortwahl. Eine Armee, die nicht kriegstüchtig ist, sollte man auflösen, denn sie verfehlt ihren Zweck. In Deutschland wird der Begriff Krieg oft mit Angriffskrieg gleichgesetzt. Doch daran denkt in der Bundeswehr nun wirklich niemand. Natürlich reden wir über Verteidigung, aber auch ein Verteidigungskrieg ist ein Krieg.

Damit ist die Bundeswehr nach den drei Jahrzehnten der Auslandseinsätze wieder bei ihrem Gründungszweck angekommen. Kann sie denn aus ihrer eigenen Geschichte – damals bekam sie wegen des schnellen Aufbautempo ja auch durchaus Probleme – für die aktuelle Situation lernen?

Wir können sicherlich daraus lernen, dass es sich um einen längerfristigen Prozess handeln wird: Man kann eine kampfbereite Bundeswehr mit geplant 260.000 Soldaten nicht wie das Kaninchen aus dem Zylinder zaubern. Aber weil man das nicht kann, muss jetzt Tempo gemacht werden, denn es wurde schon zu viel Zeit verloren. Die Bundeswehr der Aufbaujahre war viel weniger von Bürokratie geprägt, war schlanker. Heute ist die Hälfte der Truppe in der Bürokratie eingesetzt und hat nichts mit ihrem unmittelbaren Auftrag zu tun. Auch das ist ein Ergebnis von sieben Jahrzehnten Friedensarmee. Die aktuelle Situation ist deutlich schwieriger, weil bestehende Strukturen reformiert werden müssen.

Hat die Politik die richtigen Schlüsse daraus gezogen?

Ich befürchte, dass der aktuellen Politikergeneration, die ja durchweg im Frieden aufgewachsen ist, der Ernst der Lage noch nicht klar ist. Die Gefahr eines Krieges wird von den meisten nicht als wirklich real angesehen. Das war in den 1950er Jahren anders. Es wird viel über die Zeitenwende geredet, und es sind auch Fortschritte erzielt worden. Aber beim Umbau der Truppe wurde bislang deutlich zu wenig Tempo gemacht. Da braucht es Beschleunigung. Jeder Reformschritt, den wir jetzt nicht gehen, wird im schlimmsten Fall mit dem Blut der Soldaten bezahlt. Das muss man der Regierung und den Abgeordneten des Bundestages, die ja die Verantwortung für die Parlamentsarmee tragen, sehr deutlich sagen.

Das sehen Sie als Problem an?

Das Interview führte Alexander Weinlein. ■

Im Kalten Krieg

»Bedingt abwehrbereit«

1962 fehlte der Bundeswehr Personal und Ausrüstung, doch ab Mitte der 1970er Jahre galt sie als die stärkste konventionelle Armee Europas

Desaströs – anders konnte man das Urteil nicht nennen: Nur „für kurze Zeit zur Abwehr bedingt geeignet“ sei die Bundeswehr, urteilte die Nato nach dem Stabsmanöver „Fallex 62“. Aus dem geheimen Votum machte der „Spiegel“ unter der Überschrift „Bedingt abwehrbereit“ eine 16 Seiten lange Titelgeschichte, deren Veröffentlichung am 9. Oktober 1962 eine schwere politische Krise auslöste. Ganz gleich, ob es sich nun um einen „Abgrund von Landesverrat“ – so Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) im Bundestag – handelte oder nicht: Sachlich traf die Schlagzeile zu. Laut Nato-Planung sollte die westdeutsche Armee rund 40 Prozent der Bodentruppen für die Verteidigung Mitteleuropas stellen sowie 25 Prozent der Kampfflugzeuge. Die damalige Bundesmarine sollte die Ostsee kontrollieren und im Falle eines Angriffs des Ostblocks eine Invasion ermöglichen.

Im Herbst 1962 konnte die Bundeswehr keine dieser Aufgaben erfüllen. So standen statt der im Verteidigungsfall durch 655.000 ausgebildete Reservisten ergänzten Friedensstärke von 495.000 Soldaten knapp 400.000 aktive Soldaten und etwa gleich viele Reservisten zur Verfügung. Sieben Jahre nach ihrer Gründung verfügte die Bundeswehr also nur über zwei Drittel des geplanten Personals. Ferner mangelte es an modernen Waffen, hinreichend Munition sowie Logistik. Erst 1971 erreichte die Masse der Bundeswehr-Verbände laut Nato-Bewertung einen „hohen Einsatzwert bei nur noch geringfügigen Mängeln“. Ab 1975 galt die westdeutsche Armee dann als voll einsatzfähig.

Der schleppende Aufbau der Bundeswehr hatte verschiedene Gründe: Erstens war das vormalige „Dritte Reich“ nach der Niederlage 1945 weitgehend demilitarisiert worden. Als Anfang der 1950er Jahre die Ost-West-Konfrontation ein Umschlagen des Kalten Krieges in einen „heißen“ Kampf wahrscheinlicher scheinen ließ, nutzte die Regierung zweitens den geforderten Wehrbeitrag Westdeutschlands als Hebel, um schneller souverän zu werden: Politische Kriterien standen im Vordergrund, nicht die konkreten militärischen Bedürfnisse der Soldaten. Drittens herrschte erheblicher Widerwille in der Gesellschaft: Zeitweise mobilisierte die pazifistische „Ohne-Mich“-Bewegung bis zu sechs Millionen Bürger gegen die Wiederbewaffnung; erst ab 1957 sah die Mehrheit der Bevölkerung die Bundeswehr positiv.

Mit dem Panzer Leopard kam eine zeitgemäße Ausstattung

Schließlich bestand die Erstausrüstung der westdeutschen Armee zum großen Teil aus ausgemusterten Waffen der US Army sowie aus Wehrmachts-Restbeständen. Die erste große Eigenentwicklung, der Schützenpanzer HS-30, erwies sich als Millionengrab; das teuerste Rüstungsprojekt seiner Zeit, die deutsche Version des US-Jägers Starfighter, kostete im Laufe der Zeit mehr als hundert Piloten das Leben.

Erst mit dem 1965 eingeführten Panzer Leopard und seinen Weiterentwicklungen erhielt das Heer eine zeitgemäße Ausstattung. Bei der Luftwaffe ergänzte die Phantom II ab 1971 den Starfighter, den seit 1980 der eu-

ropäische Kampfjet Tornado ablöste. Die Bundesmarine bekam Mitte der 1960er Jahre die ersten neuen, teilweise noch in den USA gebauten Zerstörer sowie selbst entwickelte U-Boote. Einen Sonderstatus hatten Trägersysteme der Bundeswehr für US-Kernwaffen wie die Pershing I und spezielle Versionen der Düsenjäger: Damit wurde das Prinzip der „nuklearen Teilhabe“ der Bundesrepublik umgesetzt.

Mit zu wenig Geld hatte die lange Dauer bis zur vollen Einsatzfähigkeit der Bundeswehr jedoch nichts zu tun. Laut Daten des Stockholm International Peace Research Institute steckte die Bundesrepublik von 1955 bis 1967 jedes Jahr effektiv rund vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BiP) in die Verteidigung. Weil die Wirtschaftskraft in dieser Zeit bei durchschnittlich mäßiger Inflation stark zulegte, ergab sich eine Steigerung von 5,2 auf knapp 20 Milliarden D-Mark; mehrfach konnten diese Mittel gar nicht vollständig ausgegeben werden. Ab 1968 sank dann der Anteil der Verteidigungsausgaben am BiP kontinuierlich, bis auf 2,5 Prozent 1990. Die tatsächlichen Ausgaben stiegen aber immer noch, von gut 18 auf 54,5 Milliarden D-Mark. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges sank der Anteil unter zwei Prozent, bis auf ein Minimum von 1,12 Prozent des BiP 2015; seither steigen die Ausgaben wieder. Investitionen in die militärische Sicherheit allerdings wirken erst, das zeigt der Blick auf die Geschichte der Bundeswehr, nach fünf bis 15 Jahren. *Sven Felix Kellerhoff*

Der Autor ist Leitender Redakteur im Ressort Geschichte der „Welt“ in Berlin.



Soldaten der ehemaligen NVA in neuen Bundeswehr-Uniformen, aber mit Kalaschnikow-Gewehr aus DDR-Beständen.

© picture alliance/dpa/Andreas Altwein

Bundeswehr und NVA

Friedliche Übernahme

Zwei Armeen wurden 1990 zu einer Truppe vereinigt

Am weitesten waren die Musiker: Die 40-köpfige Militärkapelle, die am 3. Oktober 1990 anlässlich der formalen „Übernahme der Befehls- und Kommandogewalt“ in Strausberg bei Berlin Beethovens „Ode an die Freude“ spielte, bestand je zur Hälfte aus Angehörigen der wenige Stunden zuvor aufgelösten Nationalen Volksarmee (NVA) der ebenfalls nicht mehr existenten DDR und westdeutschen Soldaten. „Hier spielen Ost und West schon harmonisch zusammen“, lobte ein Offizier der Bundeswehr, fügte aber hinzu: „Bei den harten Problemen wird alles viel schwieriger.“ Alle Soldaten, die an diesem Mittwochnachmittag auf dem Platz vor dem ehemaligen DDR-Verteidigungsministerium angetreten waren, trugen olivgrüne Alltagskluft, bis hin zu ihrem neuen Kommandeur, dem Drei-Sterne-General Jörg Schönbohm – denn für die Ostdeutschen unter ihnen gab es nicht genügend Dienstanzüge mit den typischen hellgrauen Jacketts, wie sie für einen Appell in Anwesenheit des Verteidigungsministers angemessen gewesen wären. Doch unbedingt sollte der Eindruck einer Zwei-Klassen-Gesellschaft beim Militär des neuen vereinigten Deutschlands vermieden werden.

Zwei-Plus-Vier-Vertrag sah 370.000 Soldaten für Deutschland vor

Etwas Ähnliches war noch nie zuvor versucht worden: zwei Armeen, die bislang zu einander gegenüberstehenden Militärbündnissen gehört hatten, zu einer gemeinsamen Truppe zusammenfassen. Die dann auch gleich deutlich zu schrumpfen war. Denn die Bundeswehr verfügte 1990 über 495.000 Mann Sollstärke, die NVA von noch rund 90.000 Soldaten. Doch ab 1994 sollte Deutschland, so stand es im Zwei-plus-Vier-Vertrag, nur noch eine Armee von 370.000 Mann unterhalten.

Statt den einfachen Weg zu gehen und die NVA auf einen Schlag vollständig abzuschaffen, hatten sich die west- und die ostdeutsche Regierung auf einen komplizierten Übergang verständigt. Lediglich Politoffiziere, alle Angehörigen der Grenztruppen, SED-Kader unter den NVA-Soldaten sowie alle über 55-Jährigen waren noch vor dem 3. Oktober 1990 verabschiedet worden. Die verbleibenden rund 51.000 Berufs- und Zeitsoldaten sollten zunächst bis Ende 1990 weiterbeschäftigt werden, indem sie entweder mit großzügigen Übergangsregelungen ausscheiden oder sich um

eine dauerhafte Übernahme in die Bundeswehr bewerben konnten. Die noch 39.000 Wehrpflichtigen absolvierten regulär den Rest ihrer Dienstzeit. Organisieren sollte diesen Übergang als Chef des neu eingerichteten Bundeswehrkommando Ost der 53-jährige Schönbohm. Seine Truppe war ausdrücklich nicht in die Kommandostruktur der Nato eingebunden – das hatte sich Polen ausbedungen.

NVA-Auflösung blieb ohne Schwund an militärischem Gerät

Warum wurde dieser absehbar aufwendige Übergang gewählt? Die NVA verfügte am Ende über immerhin 1,3 Millionen Pistolen und Gewehre sowie mehrere Milliarden Schuss Munition, dazu zehntausende Fahrzeuge aller Art. Am sichersten waren diese Bestände, wenn die bisher bestehenden Strukturen erhalten blieben. Tatsächlich gab es im Zuge der Auflösung der NVA kaum Schwund an militärischem Gerät, im Gegensatz zu anderen Armeen des vormaligen Ostblocks. Bis zum 30. Juni 1991 hatte Schönbohms Bundeswehrkommando Ost seine Aufgabe bewältigt: Die ihm ehemals unterstellten Einheiten wurden in die normalen Bundeswehrstrukturen eingeordnet und er selbst als Inspekteur des Heeres und anschließend als Staatssekretär nach Bonn befördert. Ungefähr jeder zweite der 51.000 Ex-NVA-Berufssoldaten bewarb sich um eine Weiterverwendung in der Bundeswehr, genau genommen rund 11.700 als Offiziere, etwa 12.300 als Unteroffiziere und rund tausend als Mannschaftsdienstgrade. Während die weitaus meisten Kandidaten für die beiden unteren Laufbahnen übernommen wurde, traf das lediglich für die Hälfte der Offiziere zu.

Alle Übernommenen wurden zunächst Soldaten auf Zeit bis Ende 1992, außerdem um ein bis zwei Rangstufen herabgestuft. Doch sie konnten durchaus Karriere machen. So stieg Gert Gawellek, 1990 gerade 31 Jahre alt, bis 2014 zum Brigadegeneral auf – er dürfte der ranghöchste deutsche Offizier sein, der sowohl die sowjetische Frunse-Militärakademie als auch die Führungsakademie der Bundeswehr absolviert hat.

Im Laufe der 1990er Jahre hatte knapp fünf Prozent der Truppe zuvor zur NVA gehört. Mehr als drei Jahrzehnte später sind nur noch wenige ehemalige Angehörige der DDR-Armee im aktiven Dienst der Bundeswehr. *Sven Felix Kellerhoff*



Soldaten bei der Pilotenausbildung im Jahr 1981 vor Tornado-Kampfflugzeugen der Bundeswehr auf dem Flugfeld der britischen Luftwaffen-schule in Oakhham.

© picture-alliance/dpa/Egon Steiner



Deutsche Soldaten suchen 2011 bei einer Patrouille nahe der nordafghanischen Stadt Kundus Kontakt mit der Bevölkerung. Immer wieder wurde die Bundeswehr dort in Gefechte verwickelt. © picture alliance/dpa/Maurizio Gambarini

Von der Bündnisverteidigung zum Kampf gegen den Terror

Mission Ausland

Die Bundeswehr schickt seit 65 Jahren Soldaten in Auslandseinsätze. Vor allem die militärische Mission in Afghanistan war für die Truppe prägend. Nun hat der Aufbau der Brigade Litauen höchste Priorität

Um 23:42 Uhr bebt am 29. Februar 1960 die Erde im marokkanischen Agadir. Gebäude stürzen ein, 15.000 Menschen sterben, 12.000 werden verletzt. Marokko braucht dringend schnelle Hilfe. Auf die Folgen einer so schweren Naturkatastrophe ist das Land nicht vorbereitet. Und so beginnt für die Bundeswehr ihr erster richtiger Auslandseinsatz: 102 Soldaten, darunter Ärzte, Apotheker und Sanitäter, ABC-Abwehrspezialisten sowie Fernmelder von der Marine, bauen in Agadir einen Feldverbandsplatz auf. Seit nicht einmal fünf Jahren gibt es die westdeutschen Streitkräfte zu diesem Zeitpunkt. Ihre Hauptaufgabe ist die Landes- und Bündnisverteidigung. Nun kommt ein weiterer Auftrag hinzu: humanitäre Missionen. Die Bundeswehr übernimmt zwischen 1959 und 1991 gut 135 Hilfeinsätze im Ausland. Wie gefährlich solche Operationen sein können, zeigt eine Mission in Kambodscha, die für die Truppe 1991 beginnt. In Phnom Penh betreibt sie ein Krankenhaus. Dort stirbt der erste Soldat der Bundeswehr im Auslandseinsatz: Am 14. Oktober 1993 wird der 26-jährige Feldwebel Alexander Arndt von Räufern ermordet. Missionen im Ausland bekommen für die Bundeswehr nach der Wiedervereinigung eine immer höhere Priorität. Denn mit dem Ende des Kalten Krieges verliert die Landesverteidigung an Bedeutung. Deutschland sieht sich umgeben von Freunden.

Einsätze auf dem Balkan lösen gesellschaftliche Debatte aus

Gleichzeitig werden die Zeiten konfliktreicher. Als Anfang der 1990er Jahre Jugoslawien zerbricht, kommt es in Europa zu mehreren Kriegen. Am 25. Juni 1991 erklären sich Slowenien und Kroatien für unabhängig. Die Regierung in Belgrad versucht, das mit Gewalt zu verhindern. In Bosnien-Herzegowina, wo Kroaten, muslimische Bosniaken und Serben leben, beginnt ein Bürgerkrieg, der von allen Seiten brutal geführt wird. Die Bundeswehr unterstützt die UN, die für Frieden sorgen wollen, fliegt mit ihren Transall-Maschinen Hilfsmissionen in das Kriegsgebiet, auch in das belagerte Sarajewo. Als die Lage in dem Bürgerkriegsland immer schlimmer wird, beginnt die Nato die Operation „Deny Flight“. Kampfflugzeuge setzen eine Flugverbotszone der UN durch, um Zivilisten vor Luftschlägen zu schützen. Sie attackieren auch Geschütze der bosnischen Serben. Deutschland nimmt mit mehr

als 480 Soldaten und 14 Tornado-Jagdbombern an der Operation teil. Aus der Bundeswehr wird nach und nach eine Kriseninterventionsarmee. In immer mehr Auslandseinsätze werden die Streitkräfte entsendet, auch bewaffnet, wie erstmals 1993 nach Somalia. Ob das Grundgesetz solche Einsätze außerhalb des Nato-Bündnisgebiets deckt, ist allerdings innenpolitisch umstritten. 1994 urteilt das Bundesverfassungsgericht, „Out of area“-Einsätze seien verfassungskonform, wenn der Bundestag vorher zustimmt (siehe Infokasten). Ein Jahr später billigt das Parlament den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina als Teil der internationalen Schutztruppe am Boden, die das Einhalten einer Waffenruhe zwischen den Bürgerkriegsparteien absichern soll. Und 1999 nehmen deutsche Tornado-Jets an Luftangriffen auf Serbien teil. Die Bundeswehr unterstützt dort dann auch die Schutztruppe KFOR für den Kosovo. Zwei Jahre später verändert der 11. September 2001 die Welt. Islamistische Terroristen der al-Qaida greifen die USA an, lenken Passagierflugzeuge in das World Trade Center in New York City und in das Pentagon bei Washington. Die Nato erklärt daraufhin erstmals und bisher einmalig den Bündnisfall. Als die USA in den Krieg gegen den Terror ziehen, beteiligt sich die Bundeswehr. Mehr als 20 Jahre lang wird das zu ihrer Hauptaufgabe. Da die Taliban in Afghanistan den Terroristen der al-Qaida Unterschlupf bieten, greifen die USA dort an. Und die Bundeswehr ist dabei. Der Bundestag stimmt zunächst dem Einsatz von Spezialeinheiten im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ und dann einem stetig größer werdenden Engagement der „Parlamentsarmee“ für die „Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe“ (ISAF) zu. Für die Streitkräfte führen die Missionen im „War on terror“ zu einem systematischen Umbau. Leichte Kräfte stehen nun im Vordergrund, also Fallschirmjäger und Jäger beim Heer,

die in Flugzeugen und Hubschraubern schnell verlegt werden können und gegen Terroristen und Aufständische vorgehen sollen. Da Kampfpanzer und andere schwere Waffen am Hindukusch und später in Mali, einem weiteren Auslandseinsatz, keine Rolle spielen, werden die für die Landesverteidigung benötigten Truppenteile zusammengestrichen.

Der 20-jährige Afghanistan-Einsatz ist der opferreichste

In Afghanistan operieren deutsche Soldaten zunächst nur in der Hauptstadt Kabul, dann wird ihr Einsatzgebiet auf den Norden des Landes ausgeweitet. Die Sicherheitslage verschlechtert sich trotz des großen Einsatzes bald. Erstmals seit 1945 kämpfen und sterben deutsche Soldaten in schweren Gefechten. Bei Anschlägen, Angriffen und Unfällen kommen 59 Bundeswehrangehörige am Hindukusch ums Leben. Der Auslandseinsatz in Afghanistan endet 2021 – nach 20 Jahren. Als Erfolg gilt die

Mission trotz aller Opfer nicht: Die radikalislamischen Taliban herrschen heute über das gesamte Land.

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 verschieben sich die Aufgaben für die Truppe. Die Missionen in Afghanistan und Mali sind Geschichte. Im Ausland sind aber immer noch viele deutsche Soldatinnen und Soldaten aktiv: Weiterhin helfen sie etwa, den brüchigen Frieden im Kosovo zu erhalten. Und in Litauen stellt die Bundeswehr erstmals eine Brigade auf, die dauerhaft außerhalb der eigenen Landesgrenzen stationiert wird. Die vielfach beschriebene Zeitenwende hat auch die Auslandsmissionen der Truppe verändert. Sie sollen nun nicht mehr humanitäre Hilfe leisten wie in Agadir oder Einsatzgebiete stabilisieren wie in Afghanistan, sondern zur militärischen Abschreckung beitragen. Für die Bundeswehr bedeutet das eine Rückkehr zu ihrem Auftrag aus Gründungstagen: Sie sollte von Anfang an dabei helfen, das demokratische Europa zu verteidigen.

Hauke Friederichs

Der Autor ist sicherheitspolitischer Korrespondent von „Die Zeit“ und „Zeit Online“.

OUT-OF-AREA-EINSATZ

Ob das Grundgesetz Bundeswehreinsätze außerhalb des Nato-Bündnisgebiets überhaupt zulässt, darüber wurde unmittelbar nach der Wiedervereinigung kontrovers diskutiert. Das Bundesverfassungsgericht, angerufen von den FDP- und SPD-Bundestagsfraktionen wegen Einsätzen der Bundeswehr im früheren Jugoslawien und Somalia, urteilte schließlich am 12. Juli 1994, militärische Auslandsmissionen der Bundeswehr zur Umsetzung von Beschlüssen der UN und Nato seien verfassungskonform, wenn der Bundestag zuvor zugestimmt habe (sog. genannter Parlamentsvorbehalt).

Die Bundeswehr im Einsatz

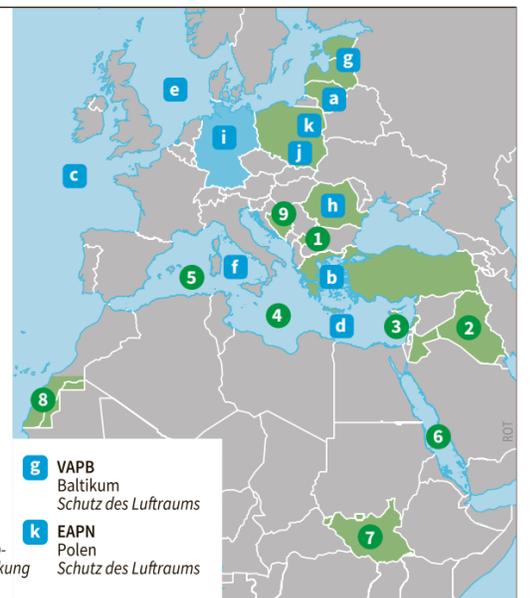
Auslandseinsätze Bewaffnete Einsätze benötigen Zustimmung des Bundestags, mit Mandatsobergrenze (max. Zahl von Soldatinnen und Soldaten)

- 1 KFOR Kosovo 400
- 2 CD/CBI Jordanien/Irak 500
- 3 UNIFIL Libanon 300
- 4 EUNAVFOR Iriini Zentrales Mittelmeer 300
- 5 Sea Guardian Mittelmeer 550
- 6 EUNAVFOR Aspides Rotes Meer 700
- 7 UNMISS Südsudan 50
- 8 MINURSO Westsahara 4
- 9 EUFOR Althea Bosnien u. Herzegowina 50

Anerkannte Missionen Nato-Einsätze, die keine Zustimmung des Bundestags benötigen

- a MN BG LITU Litauen Sicherung Nato-Ostflanke
- b Ägais Mittelmeer Überwachung
- c SNMCMG 1 Nordatlantik Minenabwehr
- d SNMG 2 Mittelmeer Schutz der Seewege
- e SNMG 1 Nordatlantik Schutz der Seewege
- f SNMCMG 2 Mittelmeer Minenabwehr
- g VAPB Baltikum Schutz des Luftraums
- h eAPS Rumänien Schutz des Luftraums
- i EUMAM UA Ausbildung ukrainischer Soldaten
- j NSATU Ukrainehilfe: Flugabwehr und Luftbetankung
- k EAPN Polen Schutz des Luftraums

Stand: August 2025 Quelle: Bundeswehr Grafikkuelle: dpa-108224 (editiert)



Parlamentsarmee

Im Auftrag der Demokratie

Der Bundestag kontrolliert die Streitkräfte. Er entscheidet über den Verteidigungshaushalt, er genehmigt die Einsätze der Bundeswehr. Dieses Modell ist eine Folge der deutschen Geschichte, insbesondere der Erfahrungen mit der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Soweit, so bekannt. Doch was heißt das genau? Was macht eine Armee zur Parlamentsarmee?

Eine Parlamentsarmee zeichne sich vor allem dadurch aus, dass das Parlament über ihren Einsatz entscheidet, sagt Steven Scholz, Major im Generalstabsdienst und derzeit Gastwissenschaftler der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bedeute das zum Beispiel für die deutschen Streitkräfte: Ohne Zustimmung des Bundestags kein Einsatz der Bundeswehr.

Der Bundestag muss mit Zweidrittelmehrheit über den Verteidigungs- und Spannungsfall entscheiden und mandatiert gemäß den Beschlussempfeh-

lungen des Auswärtigen Ausschusses bewaffnete Einsätze im Ausland. Zudem bedeutet es – nicht weniger wichtig –, dass der Bundestag über den Verteidigungshaushalt und damit über die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr entscheidet. Und es bedeutet zudem auch noch, dass der Haushaltsausschuss alle Rüstungsausgaben über 25 Millionen Euro gesondert freigeben muss, dass der Verteidigungsausschuss sich jederzeit als Untersuchungsausschuss konstituieren kann und dass der Wehrbeauftragte über die Einhaltung der Rechte der Soldaten wacht und dem Bundestag jährlich einen Bericht vorlegt, über den dieser beraten muss.

„Eine Parlamentsarmee“, resümiert Steven Scholz, „ist damit kein Werkzeug der jeweiligen Regierung, son-

dern Ausdruck einer wehrhaften und parlamentarischen Demokratie“. Scholz markiert damit zugleich auch den Unterschied zu Armeen anderer Länder wie etwa den Vereinigten Staaten, deren Präsident Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist und über ihren Einsatz entscheidet.

Starke Rolle des Bundestags als Reaktion auf die Geschichte

Dass die Bundeswehr dagegen in einer Weise organisiert ist, die eine starke demokratische Kontrolle sicherstellt, versteht Scholz als eine direkte Reaktion auf die historischen Erfahrungen mit der Reichswehr in der Weimarer Republik und der Wehrmacht im nationalsozialistischen Deutschland.

Während des Kalten Krieges war die Bundeswehr ausschließlich zur militärischen Abschreckung sowie zur Landes- und Bündnisverteidigung aufgestellt. Anfang der 1990er Jahre, in einer veränderten Weltlage, sollte sich die Bundeswehr aber auch aktiv weltweit an bewaffneten Friedensmissionen in Krisengebieten beteiligen. Ob das Grundgesetz Auslandseinsätze außerhalb des Nato-Gebiets („out of area“) überhaupt zulässt, war umstritten. Am 12. Juli 1994 urteilte das Bundesverfassungsgericht: Solche Auslandseinsätze der Bundeswehr sind verfassungskonform, bedürfen aber der Zustimmung des Bundestags. Das war die Geburtsstunde des Parlamentsvorbehalts.

Gesetzliche Grundlage: das Parlamentsbeteiligungsgesetz

Eine gesetzliche Grundlage dafür wurde 2005 geschaffen: das Parlamentsbeteiligungsgesetz. Demnach kann die Bundeswehr nur nach vorheriger Zustimmung des Bundestags ins Ausland entsandt werden – und die Bundesregierung kann bei der Planung multinationaler Einsätze Zusagen zur Beteiligung der Bundeswehr nur unter dem Vorbehalt parlamentarischer Zustimmung geben. „Bei Gefahr in Verzug ist die Bundesregierung dennoch voll handlungsfähig und kann über den Einsatz der Bundeswehr schnell entscheiden“, sagt SWP-Experte Scholz. Die Zustimmung des Bundestags müsse aber unverzüglich nachgeholt werden, das Parlament könne auch nachträglich Nein sagen und verfüge bei Nicht-Zustimmung sogar über ein Rückholrecht.

Die Mitbestimmungsrechte des Bundestags nennt Scholz „sehr weitreichend“. So hat die Bundesregierung den Bundestag über den Einsatzauftrag, das Einsatzgebiet, die rechtlichen Grundlagen des Einsatzes, die Höchstzahl der einzusetzenden Soldaten, die Fähigkeiten der einzusetzenden Streitkräfte, die geplante Dauer des Einsatzes sowie dessen voraussichtliche Kosten und Finanzierung zu informieren.

Im Anschluss daran beginnen umfangreiche Beratungen des Antrags im Bundestag. Nach dem Abschluss dieser Beratungen kann das Parlament den Antrag der Bundesregierung entweder im Ganzen annehmen oder ablehnen. Änderungen am Antrag kann es nicht vornehmen. Ein Mandat wird immer mit einem zeitlichen Ablaufdatum erteilt. Dadurch, hebt Scholz hervor, gebe es immer wieder Gelegenheit für die Bundestagsabgeordneten, das Mandat inhaltlich zu überprüfen, neu zu bewerten und gegebenenfalls auch zu beenden. Üblich sind Verlängerungen um ein Jahr, aber auch kürzere oder längere Zeiträume sind möglich. Pläne und Entwicklungen zu mögli-

chen Einsätzen werden nicht nur im Plenum, sondern auch in den Ausschüssen für Verteidigung, Auswärtiges und Haushalt mitgeteilt und debattiert. Und über den Wehrbeauftragten des Bundestages kann zum einen das Parlament direkt bis auf Truppenebene Einblicke in die Bundeswehr nehmen – und zum anderen können alle Soldatinnen und Soldaten direkt an ihn wenden. „Dies garantiert den ständigen Austausch zwischen Truppe und Parlament“, sagt Scholz.

Anders liegen die Dinge im sogenannten Verteidigungsfall, wenn „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht“, wie es im Artikel 115a des Grundgesetzes heißt. Artikel 115b stellt fest, dass in einem solchen Fall die Kommandogewalt über die Streitkräfte vom Verteidigungsminister auf den Bundeskanzler übergeht.

Das Recht, selbst einen Krieg zu erklären, sieht das Grundgesetz nicht vor. Vielmehr ist in Artikel 26 festgehalten, dass „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“, verfassungswidrig sind und unter Strafe stehen.

Die Hauptaufgabe der Bundeswehr ist die Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten. Sie umfasst die Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Teilnahme an internationalen Friedensmissionen und humanitären Einsätzen. Außerdem beteiligt sie sich an der nationalen Krisenvorsorge.

Das Modell ist besonders, aber in der EU durchaus gängig

Das Modell der Parlamentsarmee ist, weltweit gesehen, eine Besonderheit, aber durchaus kein Alleinstellungsmerkmal der Bundeswehr. In der Europäischen Union ist die Zustimmung der nationalen Parlamente zum Einsatz der Streitkräfte überwiegend notwendig. Hierbei sind jedoch Zeitpunkt und Reichweite der Zustimmung teilweise unterschiedlich. 17 Länder in der EU – unter anderem Deutschland, Dänemark und Finnland – benötigen die Zustimmung des Parlaments vor dem Einsatz der Streitkräfte außerhalb der eigenen Landesgrenzen.

Demgegenüber stehen Länder wie Polen und Frankreich, bei denen die parlamentarische Beteiligung bei Einsatzentscheidungen nahezu keine Hürde für die jeweilige Regierung darstellt. So muss das französische Parlament innerhalb von drei Tagen nach der Entsendung von Truppen nur unterrichtet werden. Eine parlamentarische Zustimmung braucht es erst ab einer Einsatzdauer von vier Monaten. *Michael Schmidt*



Parlament und Streitkräfte pflegen in Deutschland ein besonderes Verhältnis.

© picture-alliance/dpa/ZB/Bernd Settnik

PARLAMENTS BETEILIGUNGSGESETZ

> Beteiligung Auslandseinsätze der Bundeswehr bedürfen der Beteiligung und Zustimmung des Bundestags. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz regelt diese Beteiligung. Wenn der beantragte Einsatz nicht nur von geringer Intensität und Tragweite ist, beginnen im Anschluss umfangreiche Beratungen im Bundestag. Anschließend kann das Parlament den Antrag annehmen oder ablehnen.

> Ausschüsse Neben dem Auswärtigen spielt der Verteidigungsausschuss eine wichtige Rolle, da er sich fortlaufend mit den geplanten wie bereits laufenden Einsätzen befasst. So lässt er sich regelmäßig durch die Bundesregierung über die Lage in den Einsatzgebieten unterrichten oder bereist sie selbst.

> Mandatsverlängerung Rechtzeitig vor Ablauf der Mandatsfrist muss die Bundesregierung beim Bundestag einen Antrag auf Verlängerung stellen. Stimmt das Parlament der Verlängerung des Einsatzes nicht zu, endet dieser.



IM PORTRÄT

Von Offizier bis Zivi

Fünf Bundestagsabgeordnete erinnern sich an ihre Zeit bei Bundeswehr, NVA und Zivildienst

Diana Herbstreuth (CDU)

Am Anfang stand ein Treffen im Café mit einem wehrdienstleistenden Freund, der ihr im Laufe des Gesprächs sagte: „Diana, Fallschirmjäger wäre das Richtige für Dich.“ Und tatsächlich bewarb sich Diana



Diana Herbstreuth

© Jens Oellermann

Herbstreuth kurz darauf bei der Truppe. Heute blickt die 44-Jährige, die seit diesem Jahr Abgeordnete der CDU im Bundestag ist, auf eine 24-jährige Karriere in der Bundeswehr zurück. Dass sich die Streitkräfte für Frauen im Jahr 2001, ein Jahr nach ihrem Abitur, in allen Bereichen öffneten, war für Herbstreuth ein Glücksfall. Dabei war das Militär zuvor nie ein Thema in der Familie. Trotzdem wäre niemand auf die Idee gekommen, ihr den Dienst bei der Bundeswehr ausreden zu wollen: „Meine Eltern kennen mich, sie wissen, ich ziehe immer durch, was ich will.“ Was folgte, war eine Karriere mit zahlreichen Stationen, von der Offiziersausbildung über das Diplomstudium der Sportwissenschaft bis zu Auslandseinsätzen in Südafrika und Dschibouti. Doch die Anfänge bei der Bundeswehr waren nicht immer leicht: „Das fing schon bei der Infrastruktur an“, sagt Herbstreuth. Wo konnte man sie unterbringen in der männerdominierten Armee? „Manche haben für mich einen ganzen Flurbereich abgesperrt“, sagt Herbstreuth. Aber ihr war es wichtig, ein Teil der Mannschaft zu sein. Das ist ihr dann auch rasch gelungen.

Als größten Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Soldaten hat die alleinerziehende Mutter einer Teenager-Tochter den Umgang mit Elternschaft, Kita und Schule ausgemacht: „Wenn man Ehefrau, Mutter und Soldat ist, merkt man schnell, dass man nicht allen Herausforderungen gerecht werden kann.“

Falko Droßmann (SPD)

Falko Droßmann (51) hatte nach der Schule zunächst gar keine Lust auf die Bundeswehr oder einen sonstigen Pflichtdienst. „Ich habe diesen Dienst verurteilt, ohne ihn zu kennen“, sagt der Oberstleutnant der Luftwaffe und seit 2021 Abgeordneter im Bundestag. „Dann habe ich die Menschen dort und die Ernsthaftigkeit des Dienstes kennengelernt. Das hat mich zu einem der überzeugtesten Soldaten überhaupt gemacht. Und das bin ich immer noch“, sagt Droßmann, inzwischen verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, heute.

1997 trat er die Offizierslaufbahn an und studierte unter anderem Geschichtswissenschaft an der Universität der Bundeswehr Hamburg. 2005 wurde er Berufssoldat. Während seiner mehr als zwanzigjährigen Dienstzeit hatte Droßmann nicht nur die Disziplinarbefugnis eines Kommandeurs, sondern war auch Blauhelmsoldat der Vereinten Nationen. Eine Aufgabe, die ihn in verschiedene Konfliktregionen der Welt brachte und ihn in der Überzeugung bestärkte, dass das Wirken der Militärbeobachter, der Einsatz unbewaffneter und unparteiischer Beobachter der UN in diesen Regionen, immens wichtig ist.

Ein anderes Thema, das Droßmann viel bedeutet, ist der Umgang mit Homosexualität in der Truppe. Droßmann, der auch queer-politischer Sprecher der SPD-Fraktion ist, berichtet, bis zum Jahr 2000 seien homosexuelle Soldaten nicht mit heterosexuellen



Falko Droßmann

© DBT / Inga Haar

Soldaten gleichgestellt gewesen. Als schwuler Soldat galt er zudem als „charakterlich nicht geeignet, Offizier zu werden“. Zu Beginn seiner Laufbahn habe er seine Homosexualität deshalb noch verleumdet, doch „irgendwann nicht mehr. Da hat sich auch die Bundeswehr schon sehr gewandelt“.

Sebastian Schäfer (Grüne)

In der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen gibt es aktuell keinen Abgeordneten, der Wehrdienst geleistet hat. Das hat zum Teil mit dem jungen Alter der Abgeordneten zu tun: Der letzte Jahrgang, der in Deutschland noch zum Wehrdienst eingezogen wurde, war der Jahrgang 1992.

Sebastian Schäfer (46), seit 2021 Abgeordneter im Bundestag und haushaltungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, war einer von denen, die das noch betraf. Er nutzte 1999 die Alter-



Sebastian Schäfer

© Stefan Kaminski

native zum Wehrdienst: den Zivildienst. Ein Jahr lang arbeitete er im Blindeninstitut in Würzburg in einer Wohngruppe für schwerst-mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche. Er erinnert sich besonders gerne an die totale Sonnenfinsternis 1999, die er mit den Bewohnern bei einem Ausflug in München erlebt hat. Im Alltag unterstützte er bei allem, wo Hilfe benötigt wurde: Anziehen, Pflegen, Kochen, Essen anreichen. „Die Pädagoginnen und Pädagogen leisten bewundernswerte Arbeit. Das habe ich gerne unterstützt“, sagt Schäfer rückblickend.

Für einen Zivildienst habe er sich entschieden, da er Ende der 1990er-Jahre „große Zuversicht“ gehabt habe, nach dem Mauerfall „in Frieden und Freiheit“ leben zu können. Doch wenn er sich heute noch einmal entscheiden müsste, würde er „wahrscheinlich zur Bundeswehr gehen“, sagt Schäfer. Denn: „Der Krieg ist zurückgekehrt nach Europa. Unsere Freiheit ist bedroht.“ Den Zivildienst möchte Schäfer dennoch nicht missen. Die Zeit sei „von großer Bedeutung“ für ihn gewesen und habe ihm verdeutlicht, wie gut er es habe – „und dass damit auch eine Verpflichtung einhergeht, mich für unser Zusammenleben zu engagieren.“

Rüdiger Lucassen (AfD)

Fast sein halbes Leben, 34 Jahre, war Oberst a. D. Rüdiger Lucassen (74) bei der Bundeswehr. Seit 2017 ist er für die AfD im Bundestag. In den 1970er Jahren habe ihn die Kombination aus einer Offiziersausbildung und einem Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg fasziniert, sagt Lucassen. Danach folgten unter anderem Stationen als Generalstabsoffizier bei der Nato und im Bundesministerium der Verteidigung. Besonders gern erinnert er sich an seine Zeit als Leiter einer selbstständigen Heeresfliegerstaffel mit 15 Hubschraubern in Mendig in Rheinland-Pfalz. „Ich hatte meine eigene Technik, Flugzeugführer und Luftfahrzeuge. Es gab eine Gemeinschaft von knapp über hundert Soldaten. Als Chef hatte ich den damit größtmöglichen Freiraum.“

Schmerzhaftes Erinnerungen seien für ihn „die Flugunfälle mit Todesfolge“, wie er sie nennt, bei denen er als Kommandeur Vorgesetzter der Piloten war. In solchen Fällen habe er „vor allem Trauerarbeit geleistet. Für die Familienangehörigen wie für die Kameraden“. Dazu gehörte für ihn, manche Soldaten „eine Zeit lang aus dem Dienst zu nehmen und eine Pause zu geben oder aber auch jemanden gleich wieder „in den Hub-



Rüdiger Lucassen

© Vadim Derksen

schrauber hinein zu holen“. Jeder gehe anders mit Trauer um, sagt Lucassen. Nach der langen Friedenszeit sei es für die Bundeswehr heute deutlich schwieriger, Soldaten gefechtsnah auszubilden. Er selbst habe noch Weltkriegsveteranen als Vorgesetzte erlebt. Eine Armee, ist sich Lucassen sicher, werde nie einen Querschnitt der Gesellschaft darstellen: „Der Dienst in den Streitkräften ist immer etwas Elitäres.“ Frauen sehe er vor allem in zivilen Bereichen.

Dietmar Bartsch (Die Linke)

Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Linken, Dietmar Bartsch (67), hat seinen Wehrdienst von 1976 bis 1978 bei der Nationalen Volksarmee (NVA) in der DDR geleistet. Auf Rügen war er in Prora beim Fallschirmjägerbataillon 40 stationiert – einer von zwei Spezialeinheiten der NVA. Der damals 18-Jährige hatte bereits eine



Dietmar Bartsch

© DBT / Inga Haar

Studienzusage für ein zwei Jahre später beginnendes Studium. Doch erstmal stand der Dienst beim Militär an. Grundsätzlich sagt Bartsch über seinen Wehrdienst: „Es war keine angenehme Zeit. Es war enormer Druck und Drill.“ Er sei immer ein schlechter Uniformträger gewesen. „Die Hierarchie war nichts für mich. Ich war völlig ungeeignet als Befehlsempfänger. Das ist bis heute so geblieben“, erzählt Bartsch.

Zwar habe er bei vielen sportlichen Aktivitäten Spaß gehabt, aber gar nicht gefallen habe ihm „die Tatsache, dass wir jeden Morgen nach 3.000 Metern Laufen in die Ostsee gegangen sind, egal zu welcher Jahreszeit“. Ernsthaft gedacht, in einen Kriegseinsatz zu müssen, habe man eigentlich nicht. Bei einem deutsch-deutschen Krieg wäre „Deutschland weg gewesen“, das sei den meisten Menschen in der DDR auch bewusst gewesen, sagt Bartsch.

Heute blicke er kritisch auf seine vergleichsweise systemkonforme politische Einstellung von damals, als er den Sozialismus für „das bessere System hielt, ein System ohne Armut und ohne überbordenden Reichtum“.

„Ich bin kein Pazifist“, sagt Bartsch. „Ich bin nicht für die Abschaffung der Bundeswehr. Ich bin dafür, dass sie ihren grundgesetzlichen Auftrag wahrnimmt. Nicht mehr und nicht weniger.“

Hannes Thielsch



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu Besuch bei der Gebirgsjägerbrigade 23 im Juli 2023

© picture alliance/dpa/Sven Hoppe

Deutsche Militärgeschichte

»Wo sind die Jäger?«

Der Historiker Stig Förster blickt zurück auf 600 Jahre »Deutsche Militärgeschichte«. Und zeigt die dramatischen Wechselwirkungen zwischen Politik und Militär auf

Es sind zornige, anklagende Worte, die ein namentlich nicht genannter Stabsfeldwebel der Bundeswehr im April 2008 während seines Einsatzes in Afghanistan in sein Tagebuch notiert: „Wenn wer hier in den Bergen überhaupt eine Chance hat, dann Gebirgsjäger. Wenn nicht wir, wer dann? Aber wo sind sie, die Jäger? Wegespart, wegentschieden, totgeredet. Alles im Arsch! Politik ist nur noch ein Scheiß.“ Und wenige Zeilen später fügt er erboast an: „Aber die Leute, die so was entscheiden, achten nur auf ihre Wähler, opportunistische Hunde.“

Solche von Frustration gezeichneten Äußerungen von Soldaten über eine politische Führung, von der sie sich im Stich gelassen fühlen, sind wohl aus allen Kriegen zu allen Zeiten überliefert. Sie sind aber eben auch ein Beleg dafür, wie eng politische Geschichte mit Militärgeschichte verknüpft ist. Nicht ohne Grund lässt der renommierte deutsche Militärgeschichtler Stig Förster den Stabsfeldwebel quasi exemplarisch in seinem rund 1.300 Seiten umfassenden Monumentalwerk über die „Deutsche Militärgeschichte“ zu Wort kommen.

Von Hellebarden und Musketen zu Drohnen und Raketen

Militärgeschichte sei ein „integraler Bestandteil der Allgemeingeschichte“, betont Förster. Gerade die deutsche Geschichte könne ohne die Rolle des Militärischen kaum verstanden werden. Und dies ist dann eben auch der rote Faden, den der Historiker zu spinnen versucht – von der Zeit der Landsknechte im 16. Jahrhundert, die mit Hellebarden und Musketen von Angesicht zu Angesicht aufeinander einschlugen, bis hin zu den modernen Armeen dieser Tage, die sich mit Drohnen und Raketen über Hunderte bis Tausende Kilometer hinweg bekämpfen.

Dass der rote Faden in der faktengeprägten Darstellung Försters, die sich über 600 Jahre erstreckt, mitun-

ter droht, verloren zu gehen, liegt in der Natur der Sache. Militärgeschichte ist dann eben doch deutlich facettenreicher als nur eine politische Allgemeingeschichte, die um die Darstellung von Kriegen und Schlachten und der Streitkräfte, die sie ausfochten, erweitert wird. Technikgeschichte spielt ebenso eine große Rolle wie Wirtschafts- oder Medizingeschichte, Soziologie eine ebenso große wie Kultur- und Mentalitätsgeschichte. All diesen Aspekten will Förster gerecht werden. Dies ist es schließlich, was ein gelungenes Standardwerk auszeichnet, und Förster gelingt es, eine ausgewogene Balance zwischen all diesen Themenkomplexen zu halten. Zudem hält er im Anhang des Buches eine nach Kapiteln geordnete Literaturliste für eine vertiefende Lektüre zu all diesen Aspekten bereit.

Die Wiederbewaffnung im Zeichen der Westbindung

Als „Spielball der Politik“ bezeichnete der „Zeit“-Journalist Hauke Friedrichs die Bundeswehr in seinem vor zwei Jahren erschienenen gleichnamigen Buch. Man mag solche zugespitzten journalistischen Überschriften ablehnen, aber auch der Wissenschaftler Förster zeigt auf, dass die Geschichte der Bundeswehr von Entscheidungen der politischen Führung geprägt ist, die vor allem von politischen und nur zweitrangig von militärischen Gesichtspunkten geprägt wurden. Bereits die Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955 stand ganz im Zeichen der von Bundeskanzler

Konrad Adenauer (CDU) angestrebten Westbindung und dem Wunsch nach mehr eigenstaatlicher Verantwortung. Und die Bundeswehr sollte hierfür die Türen öffnen. Die Zusage an die Nato-Verbündeten jedoch, die neuen westdeutschen Streitkräfte in nur wenigen Jahren regelrecht aus dem Boden zu stampfen, stellte die Militärs vor größte Probleme.

Das Ende des Kalten Krieges und die Abrüstung

Nach Ende des Kalten Krieges und der wiedererlangten Einheit Deutschlands wiederholte sich dieses Spiel. Die Bundeswehr wurde in immer schnellerer Folge in diverse Auslandseinsätze entsandt. Deutschland wollte als zuverlässiger Partner erscheinen. Die Bundeswehr jedoch nur unzureichend vorbereitet. Gleichzeitig wurde sie angesichts einer sich leerenden Staatskasse immer weiter verkleinert und abgerüstet. Unter den Folgen leidet die Truppe bis heute. Völlig zu Recht wurden die deutschen Streitkräfte 1995 konsequent unter den Primat der Politik gestellt. Die vor drei Jahren ausgerufenen „Zeitenwende“ wird bei der Bundeswehr jedoch nur erfolgreich umgesetzt werden können, wenn militärische Notwendigkeiten nicht länger ignoriert werden. Auch daran lässt Förster keinen Zweifel. Militärgeschichtler standen in Deutschland nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in keinem besonders guten Ruf. Trotz Wiederbewaffnung machte man auch in akademischen Kreisen gerne einen großen Bogen um dieses Gebiet der Geschichtsschreibung. Aber Militärgeschichte, so hält Förster dagegen, sei viel zu wichtig, um sie „Waffennarren und Lehnstuhlfeldherren“ zu überlassen. Es bedürfe „einer seriösen wissenschaftlichen Aufarbeitung mit Bezug auf die Allgemeingeschichte“. Diesem selbstgesetzten Anspruch ist Stig Förster vollumfänglich gerecht geworden.

Alexander Weinlein



Stig Förster:
Deutsche
Militärgeschichte.
Von der Frühen
Neuzeit bis zur
Gegenwart.

C.H. Beck,
München 2025;
1.294 S., 49,90 €

KURZ REZENSIERT

Eine kämpferische, aber zweifelhafte Absage an die Kriegstüchtigkeit

Wenn ein junger und bislang eher unbekannter Autor mit einem schmalen Bändchen einen solchen Furor erzeugt, dann hat er entweder sehr viel richtig gemacht oder schlicht und ergreifend massiv provoziert. In jedem Fall hat Ole Nymoens, freier Journalist und Podcaster, mit seinem Buch definitiv den Nerv der Zeit getroffen: Das Statement „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde“ ist in der aktuellen Diskussion um mehr Wehrhaftigkeit und Kriegstüchtigkeit für viele Menschen ein Trigger. Entsprechend häufig wurde sein Buch, das eine Fortschreibung eines ursprünglich in der „Zeit“ veröffentlichten Artikels darstellt, in den vergangenen Monaten besprochen. Mal wohlwollend, mal mit harscher Kritik. Und auf seinen „Zeit“-Artikel hagelte es heftige Beschimpfungen und Anfeindungen.

Ja, es gibt sehr viele gute Gründe, in keinem Fall in einem Krieg zu kämpfen. Ole Nymoens führt auch durchaus nachvollziehbare Argumente an. Nicht jeder kann es mit seinen ethischen Überzeugungen vereinbaren, auf Menschen zu schießen. Mit gutem Grund ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen im Grundgesetz verankert. Doch damit beginnt bereits das Problem von Nymoens Buch. Dem Autor ist dieses in der Verfassung garantierte Recht kein Wort wert. Aber Nymoens hat auch sonst Zweifel, ob all die in Deutschland geltenden Freiheiten und Bürgerrechte durch die politischen Instanzen – er schreibt auch lieber von „Herrschern“ – gewährt würden, wenn sie von den Bürgern intensiver ge-



Ole Nymoens:
Warum ich niemals für mein Land kämpfen werde.
Gegen die Kriegstüchtigkeit.

Rowohlt Taschenbuch,
Berlin 2025;
144 S., 16,00 €

nutzt würden. Einen Beweis dafür bleibt er allerdings schuldig. Überhaupt hat Nymoens so seine Probleme mit der deutschen Gesellschaft, dem Staat und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Er glaubt in der Bundesrepublik vor allem eine Gesellschaft zu erkennen, die von Egoismen und nicht von Solidarität geprägt ist. Und eine unsozialistische Gesellschaft habe kaum das Recht, Solidarität bei der Landesverteidigung einzufordern. Legitim ist es allemal, die konkrete Sozialpolitik eines Landes zu kritisieren. Das tun viele. Aber ob eine Gesellschaft solidarisch ist, zeigt sich beispielsweise auch am Grad des ehrenamtlichen Engagements der Bürger. Und dies ist trotz all der beobachtbaren Egoismen in Deutschland sehr stark ausgeprägt. Am Ende seines Buches konterkariert Ole Nymoens selbst seine nachvollziehbaren Argumente. Wenn er bekennt, dass er wohl doch kämpfen würde – zur Verteidigung eines sozialistischen Utopias.

Dennoch lohnt die Lektüre. Die aktuelle Mainstream-Debatte verdient auch pointierte Gegenbeiträge. aw

KURZ REZENSIERT

Das längste und verlustreichste Gefecht in der Geschichte der Bundeswehr

Es sollte das bislang längste und verlustreichste Gefecht in der Geschichte der Bundeswehr werden. Am 2. April 2010 gerät eine kleine Gruppe Fallschirmjäger des deutschen ISAF-Kontingentes in Afghanistan beim Versuch, eine abgestürzte kleine Aufklärungsdrohne in der Ortschaft Isa Khel nahe der Provinzhauptstadt Kundus zu bergen, in einen Hinterhalt der Taliban. Schnell entwickelt sich aus den ersten Schusswechseln ein intensives Feuergefecht, das sich auf das Gebiet um Isa Khel ausweitet und in das weitere deutsche Fallschirmjäger und Panzergrenadiere involviert werden. Die Bilanz der schweren achtstündigen Kämpfe: Drei deutsche Soldaten werden getötet, acht weitere zum Teil schwer verwundet. Zudem sterben sechs Soldaten der afghanischen Nationalarmee durch „friendly fire“ deutscher Soldaten. Die afghanischen Soldaten waren mit einem Fahrzeug auf eine deutsche Stellung zugefahren und hatten auf die Aufforderung zu stoppen und einen Warnschuss nicht reagiert. Die Deutschen vermuteten einen Anschlag und eröffneten das Feuer. Zwei Tage nach den Ereignissen, die als Karfreitagsgefecht in die Annalen der Bundeswehr eingingen, räumte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg als erster deutscher Politiker ein, in Teilen Afghanistans könne man „umgangssprachlich von Krieg reden“. Ein Wendepunkt im deutschen Afghanistan-Engagement. Wolf Gregis, selbst ehemaliger Offizier der Bundeswehr und Afghanistan-Veteran, hat das Karfreitagsgefecht minutiös aus Sicht der



Wolf Gregis:
Das Karfreitagsgefecht.
Deutsche Soldaten im Feuer der Taliban.

Econ,
Berlin 2025;
304 S., 24,99 €

beteiligten Soldaten nachgezeichnet. In 24 Interviews hat er über 70 Stunden Audiomaterial zusammengetragen, diese analysiert und verglichen. Herausgekommen ist eine packende Darstellung, die einen unmittelbaren Eindruck der Kämpfe vermittelt. Der Leser erfährt vieles über das soldatische Handwerk, die Einstellungen, Sichtweisen und die Gefühlslagen der Soldaten. Es ist auch ein Buch über Trauer und Schmerz über die gefallenen Kameraden. Aber es bleiben auch Fragen offen: Zum Beispiel, warum die Fallschirmjäger in den Ort vorrückten, obwohl der zuständige Kommandeur dies im Vorfeld wohl ausdrücklich untersagt hatte. Isa Khel galt als Taliban-Hochburg. Der Vorwurf, das Gefecht sei von einem Zugführer der Fallschirmjäger bewusst gesucht worden, steht im Raum. Gregis hat entsprechende Anhaltspunkte recherchiert, enthält sich aber eines eigenen Urteils. Wohl auch aus Respekt vor den beteiligten Soldaten und der Erfahrung als Afghanistan-Veteran, dass sich die Lage vor Ort in einem Kampfgebiet nur schwer im Nachhinein eindeutig bewerten lässt. aw

Die Kriegsverbrecherprozesse von Tokio

Die Entschuldung von Kaiser Hirohito

Faktenreich und detailliert erzählt der Historiker Garry J. Bass die Geschichte der Kriegsverbrecherprozesse in Tokio und ihrer Nachwirkungen

Mit dem Angriffsbefehl auf den US-amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii führte Japans Ministerpräsident und Kriegsminister Tojo Hideki sein Land im Dezember 1941 in den Zweiten Weltkrieg. Vier Jahre später endete dieser mit der Kapitulation Japans am 15. August 1945. Da es für Tojo ein unerträglicher Gedanke war, sich vor einem „Gericht der Eroberer“ zu verantworten, versuchte er, sich seiner Verhaftung am 11. September durch US-amerikanische Soldaten durch Selbstmord zu entziehen. Da für einen standesgemäßen rituellen Selbstmord die Zeit fehlte, schoss er sich mit einem Revolver in die Brust, verfehlte allerdings knapp sein Herz und überlebte. Im Krankenhaus bestand Tojo darauf, dass Japan einen „berechtigten und gerechten Krieg“ geführt habe, um seine asiatischen Nachbarn „aus dem repressiven Griff des europäischen Kolonialismus zu befreien“. Er selbst warte „auf das gerechte Urteil der Geschichte“. Das jetzt auf Deutsch vorliegende Werk des US-amerikanischen Historikers Gary J. Bass über das Kriegsverbrecher-Tribunal in Tokio gehört zu den besten historischen Büchern dieses Jahres. Bass lehrt Politik und Internationale Beziehungen in Princeton und wurde bekannt durch seine Publikationen über „humanitäre Interventionen“ und Kriegsverbrecherprozesse. Sein lebendiger, detaillierte Erzählstil ist auf seine frühere Tätigkeit als Journalist für den „Economist“, die „New York Times“ und die „Washington Post“ zurückzuführen. Bass sichtet tausende Dokumente aus einem Dutzend Archiven – darunter Erinnerungen, Tagebücher von Richtern und Angeklagten, Anklageschriften und die zeitgenössische Tagespresse – sowie die vorhandene Sekundärliteratur, um sie in seinem gut strukturierten, monumentalen Werk zusammenzuführen.

Zweieinhalb Jahre, von April 1946 bis November 1948, tagte der Internationale Militärgerichtshof für den Fernen Osten. 28 japanische Politiker, Diplomaten, Generäle und ein nationalistischer Publizist wurden in zehn Anklagepunkten verurteilt. Es ging um Anstiftung zum Angriffskrieg ge-

Am 12. November 1948 verurteilte der Internationale Militärgerichtshof in Tokio den ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten und Kriegsminister Tojo Hideki zum Tode.

© picture alliance/Associated Press/ Charles Gorry



gen die USA und andere Staaten, um Verschwörung gegen den Weltfrieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie um Mord und Folter an Kriegsgefangenen. Die elf Ankläger und elf Richter kamen aus den USA, der Sowjetunion, Großbritannien, Australien, Kanada, China, Britisch-Indien, Neuseeland, den Niederlanden und den Philippinen. Tojo Hideki und weitere sieben Angeklagte wurden als „Klasse-A-Kriegsverbrecher“ zum Tode verurteilt.

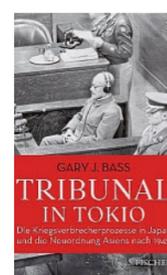
Nationalistische Politiker beklagen bis heute eine »Siegerjustiz«

Der niederländische und der indische Richter waren gegen ihre Hinrichtung. Stattdessen sollten sie wie die übrigen Angeklagten eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen. Der indische Richter kritisierte den Tokioter Prozess zudem als „Siegerjustiz“. Noch heute wird diese Erklärung von

rechten und nationalistischen Politikern als einer der wichtigsten „Beweise“ für die Unschuld Japans im Zweiten Weltkrieg angeführt. Im Unterschied zu den Nürnberger Prozessen in Deutschland wurde nach Ansicht von Bass jedoch nicht die wahre politische Führung des Landes zur Verantwortung gezogen. General Douglas MacArthur hatte Kaiser Hirohito, den Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte, und seine Familie der Strafverfolgung entzogen. Mit Blick auf die weitere Besatzungspolitik und die Zusammenarbeit mit Japans Eliten in der Nachkriegszeit wurde ein geschöntes Bild der kaiserlichen Familie verbreitet. Schuld am Krieg sollte nicht der japanische Oberbefehlshaber sein. Eine selbstkritische Erinnerungskultur entstand in Japan anders als in Deutschland nicht. Vielmehr ist die Meinung, die US-Amerikaner sollten sich für die Atombombenabwürfe auf

Hiroshima und Nagasaki entschuldigen, ebenso weit verbreitet wie die Ansicht, die USA hätten China selbst kolonisieren wollen und den Krieg mit dem Öl-Embargo gegen Japan verursacht. Ausdrücklich verweist Bass auf die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985. Diese sei in Japan bekannt, insbesondere seine Kritik an der Behauptung älterer Deutscher, vom Holocaust nichts gewusst zu haben. Demgegenüber werde in Japan bis heute das Wissen um die rassistische Politik der japanischen Expansionisten in den 1930er und 1940er Jahren sowie die Kriegsverbrechen der japanischen Armee in China, Korea und an anderen Kriegsschauplätzen totgeschwiegen. Bass spart aber auch nicht mit Kritik an den alliierten Siegermächten. Sie hätten während der Tokioter Prozesse erklärt, dass die neuen Prinzipien des Völkerrechts auch für sie gelten wür-

den. Inzwischen hätten die USA, die Sowjetunion beziehungsweise Russland sowie die ehemaligen europäischen Kolonialmächte „eindeutig bewiesen“, dass sie nicht gewillt seien, sich selbst an die Ideale des Völkerrechts zu halten. So instrumentalisiere Wladimir Putin die Nürnberger und Tokioter Prozesse, um seine Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen und die Verbindung zu China zu stärken. Aschot Manutscharjan



Garry J. Bass: Tribunal in Tokio. Die Kriegsverbrecherprozesse in Japan und die Neuordnung Asiens nach 1945.

S. Fischer, Frankfurt/M. 2025; 1.088 S., 48,00 €

KURZ REZENSIIERT

Die Atombombe und die Kapitulation Japans

Nach der zweiten Bombe kamen dann doch Skrupel auf. Hatte US-Präsident Harry S. Truman nach dem Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima am 6. August 1945 noch gejubelt, dies sei „die größte Leistung der organisierten Wissenschaft in der Geschichte“, die den Weltkrieg rasch beenden werde, so sagte er nach dem Abwurf der zweiten Bombe auf Nagasaki drei Tage später, „der Gedanke an die Auslöschung von weiteren 100.000 Menschen sei zu schrecklich“. Dies gelte vor allem im Hinblick auf die vielen getöteten Kinder. Bis heute ist die Ansicht weit verbreitet, dass die beiden Atombombenabwürfe Japan im Zweiten Weltkrieg zur Kapitulation veranlassten. In seinem Buch „Hiroshima – Wie die Atombombe möglich wurde“ äußert der britische Historiker Richard Overy Zweifel an dieser Ansicht. Er führt ein Bündel von Motiven an, das Kaiser Hirohito am 10. August gegen den Widerstand von Teilen der Armeeführung dazu gebracht habe, den Krieg zu beenden.



Richard Overy: Hiroshima. Wie die Atombombe möglich wurde.

Rowohlt Berlin, Berlin 2025; 240 S., 24,00 €

Neben der Angst vor inneren Unruhen habe auch der bevorstehende Angriff der Roten Armee auf den Norden Japans beim Tenno und wichtigen Mitgliedern des Kabinetts den Entschluss reifen lassen, einen Waffenstillstand zu schließen. Eine wichtige Rolle hätten auch die verheerenden Brandbombenangriffe der US-Luftwaffe auf japanische Städte gespielt. Allein beim Angriff auf Tokio am 9. März 1945 kamen vermutlich mehr als 100.000 Menschen ums Leben. Belegen kann Overy allerdings nicht, dass Japan auch ohne die Atombombenabwürfe schon im August

1945 kapituliert hätte und damit der von den Amerikanern gefürchtete Kampf um die japanischen Hauptinseln ausbliebe. Es ist eine Stärke des Buches, dass Overy sowohl die US-amerikanische als auch die japanische Perspektive detailreich schildert. So zeigt er, wie bei den fieberhaften Arbeiten zur Entwicklung der Atombombe unter Leitung des Physikers Robert Oppenheimer in der Forschungsanlage Los Alamos moralische Bedenken außer Acht blieben. Der brennende Ehrgeiz, die technischen Probleme beim Bau einer Bombe auf Grundlage der Kernspaltung zu lösen, ging einher mit der Überzeugung, dass sie zum raschen Ende des Krieges führen und viele amerikanische Leben retten würde. „Es war wie in einem Tollhaus“, zitiert Overy einen Augenzeugen der erfolgreichen Test-Explosion am Morgen des 16. Juli 1945 in der Wüste von New Mexico. „Alle waren mit sich überaus zufrieden. Sie hatten so hart gearbeitet, und jetzt hatten sie es geschafft.“ Joachim Riecker

Anzeige

Die Europäische Union im Spiegel der Zeit



Wolfgang Th. Wessels

Wege zur Europäischen Union

Analysen zur Unionskonstruktion aus den letzten fünf Jahrzehnten
2025, 388 S., brosch., 49,- €
ISBN 978-3-8487-7751-8
E-Book 978-3-7489-2371-8

Der Autor rekonstruiert mit der Zusammenstellung eigener Artikel Meilensteine sowie Wege und Muster des Auf- und Ausbaus der Europäischen Union und ihrer Integrationsentwicklungen und trägt damit zum Verständnis der häufig undurchsichtigen Verfahren und in der Regel komplizierten Ergebnisse bei.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



ORTSTERMIN: DAS WACHBATAILLON BERLIN

Die Bundeswehr am roten Teppich

In der Julius-Leber-Kaserne wird für Staatsempfänge und den militärischen Ernstfall trainiert

Ihre Aufgabe ist der protokollarische Ehrendienst bei Staatsempfängen und bei Zapfenstreichen. Aber wenn die Bundesregierung und ihre Einrichtungen im Krisenfall geschützt werden müssen, haben sie einen Verteidigungsauftrag: die Soldatinnen und Soldaten vom Wachbataillon Berlin. Beim Bundesministerium der Verteidigung angesiedelt, sind sie Deutschlands militärisches Aushängeschild für eine wehrhafte Demokratie. Die Riege prominenter Staatsgäste, die sie empfangen und geehrt haben, ist lang. Sie reicht von Charles III., König des Vereinigten Königreichs, bis zum US-Präsidenten Barack Obama.

Die Anfänge des Wachbataillons reichen zurück ins Jahr 1957. Damals war es in Siegburg bei Bonn stationiert. Seit 2014 sind alle rund 1.100 Soldaten in Berlin. Damit ist das Bataillon das einzige der Bundeswehr direkt in der Hauptstadt: Es ist in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin-Wedding stationiert, wo unter anderem auch das Stabsmusikkorps der Bundeswehr untergebracht ist. Presseoffizier Niels-Hendrik Matthes (32) führt durch die Kasernenanlage und erzählt: „Die Sportanlagen sind sehr gut ausgestattet. Wir haben eine eigene Kindertagesstätte. Außerdem fünf Truppenärzte und zwei Zahnärzte. Auch das Kantinenangebot ist vielseitig.“ Was zuerst noch nicht besonders außergewöhnlich klingt, ändert sich ein paar Schritte weiter schnell. „Hier ist der berühmte Hindernisparcours“, sagt Matthes und zeigt auf einen mehrere Hundert Meter langen Parcours. Hier trainieren die Soldaten. Unter anderem müssen sie unter Drahtseilen kriechen, über eine Grube auf Holzbalken balan-

Das Wachbataillon Berlin bei einem protokollarischen Empfang: Charles III., König des Vereinigten Königreichs, wird in Berlin mit militärischen Ehren und im Beisein von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier offiziell begrüßt.

© Kai Kupferschmitt



zieren und über eine zwei Meter hohe Wand klettern – selbstverständlich ohne Tritthilfen. Am Anfang der Grundausbildung absolvieren die Rekruten den Parcours zunächst nur mit Uniform. Später mit immer mehr Ausrüstung wie einer Waffe und einem Rucksack. „In guten Zeiten habe ich den Parcours mit Ausrüstung in vier Minuten absolviert“, sagt Matthes und gesteht ein, dass er für viele eine große Herausforderung ist. Vor allem die Zwei-Meter-Wand mache einigen Soldaten zu schaffen.

Im Fokus stehen beim Wachbataillon Berlin Trainingseinheiten für protokollarische Empfänge und für eine mögliche Verteidigung des Regierungsviertels: „Es geht darum, eine Einheit zu bilden“, sagt Matthes. Auf einer Straße wird gleichzeitig

den Rekruten im ersten Monat der Grundausbildung beigebracht, wie sie richtig stehen und marschieren.

Das Wachbataillon Berlin repräsentiert Deutschland nach außen

Die noch lockere Körperhaltung der Anfänger ist bei einer anderen Einheit ein paar Straßenecken weiter schon nicht mehr zu sehen. An einem ausgelegten roten Teppich üben sie gerade für einen Staatsempfang. Die Haltung und das Marschieren wirken einheitlich. Damit bei der Begrüßung auch alles funktioniert, darf ein Soldat bei der Übung den Staatsgast spielen und zwischen den Kameraden über den roten Teppich laufen. Ein bisschen Glamour im Kasernenalltag.

Bei Empfängen wird den Staatsgästen das ungeladene Gewehr präsentiert, um einerseits zu zeigen, dass sie in friedlichen Absichten begrüßt werden. Andererseits soll es die Wehrhaftigkeit Deutschlands repräsentieren.

Einer, der für die Staatsempfänge übt, ist Louis. Der 20-Jährige ist seit einem Jahr bei der Bundeswehr und seit drei Monaten beim Wachbataillon Berlin. Nach dem Fachabitur entschied er sich für einen freiwilligen Wehrdienst und hat sich dann für die nächsten 17 Jahre verpflichtet, um Feldweibelanwärter zu werden. So kann er zum Beispiel Mannschaften führen.

Eigentlich wollte er soziale Arbeit studieren, findet es aber wichtig, dass man „auch mal einen Dienst für sein Land absolviert. Sei es ein Enga-

gement bei der Bundeswehr oder irgendwo anders“. Die aktuelle Sicherheitslage in Europa hat zu seiner Haltung beigetragen. „Natürlich wäre die Welt schöner ohne Krieg und ohne Konflikte. Die wird es vermutlich aber immer geben.“ Daher sei es für ihn „zwingend nötig, dass es uns gibt und wir unseren Job machen“. Beim Wachbataillon Berlin gefällt es ihm, „auch mal einen Staatsempfang zu machen“. Darüber hinaus sorgen Dienste in der Natur für eine gute Abwechslung, so Louis.

Dienstantritt ist wochentags jeweils um 6:45 Uhr. Auf dem Tagesprogramm stehen körperliche sowie theoretische Übungen. Manchmal sei er für längere Zeit weg, was nicht einfach sei. Doch privat seien alle „stolz auf mich, dass ich es mache“, sagt Louis. Hannes Thielsch

VOR 10 JAHREN

»Wir schaffen das«

31.8.2015: Merkel sagt ihren wohl berühmtesten Satz Es wirkte nicht wie ein geplanter Appell an die deutsche Bevölkerung. Nicht wie ein kalkulierter Weckruf wie Roman Herzogs „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“ oder ein von Wahlkampfstrategen erdachter Slogan wie Barack Obamas „Yes we can“. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 31. August 2015 auf der Sommerpressekonferenz ihre wohl berühmtesten Worte sprach, wurde ihnen zunächst nicht viel Beachtung beigemessen. Vielleicht, weil Merkel nach Sigmar Gabriel (SPD) und Wolfgang Schäuble (CDU) schon die Dritte war, die vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise „Wir schaffen das“ sagte. Vielleicht, weil sie die drei Worte in dem insgesamt rund 70 Worte umfassenden Statement rhetorisch nicht sonderlich herausstellte. Dabei kam ihr der berühmt gewordene Ausspruch wohl nicht spontan über die Lippen.

„Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land“, beginnt das Zitat. „Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden. Der Bund wird alles in seiner Macht Stehende tun – zusammen mit den Ländern, zusammen mit den Kommunen –, um genau das durchzusetzen.“

In ihren Memoiren widmet Merkel der Sommerpressekonferenz ein eigenes Kapitel. Darin erinnert sie sich, wie sie sich am Vormittag des 31. August auf das Treffen mit den Hauptstadtjournalisten vorbereitete.

Unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklungen – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge korrigierte seine Asyl-Prognose für 2015 auf 800.000 Anträge nach oben, besonders Italien machte Druck auf die EU-Staaten, sich mehr an der Bewältigung des Flüchtlingsstroms zu beteiligen, Meldungen von gesunkenen Flüchtlingsbooten häuften sich – ging Merkel zu ihrer Büroleiterin Beate Baumann. „Gerade erst haben wir das Griechenland-Problem hinter uns, und sofort liegt das nächste Riesenthema vor der Haustüre“, habe Merkel frustriert gesagt. „Aber egal! Irgendwie werden wir auch das schaffen. Wir haben das andere ja auch geschafft.“ „Stimmt“, habe Baumann entgegnet, und genau so könne Merkel das doch „auch in der Pressekonferenz sagen“.

Die Kanzlerin sei mit dem Gedanken vor die Journalisten getreten, „wenn ich diese Botschaft rüberbringe, kann ich Mut machen und zugleich zeigen, dass ich mir der Größe der Aufgabe bewusst bin“.



Angela Merkel bei der Bundespressekonferenz am 31. August 2015. Hier sagte sie ihre wohl berühmtesten Worte.

© picture alliance/AA/Cuneyt Karadag

Ob ihr das gelungen ist, kann bezweifelt werden. Der Satz und Merks Migrationspolitik haben polarisiert.

Einige glaubten, ein Ereignis Mitte Juli habe mit dem Ausspruch geführt: Bei einer Veranstaltung an einer Schule hatte Merkel noch gesagt, „wenn wir jetzt sagen: ‚Ihr könnt alle kommen‘ (...) – das können wir auch nicht schaffen“. Mit den Worten hatte Merkel ein Flüchtlingsmädchen zum Weinen gebracht. Hat das Treffen mit der 15-jährigen Schülerin Merks Haltung verändert?

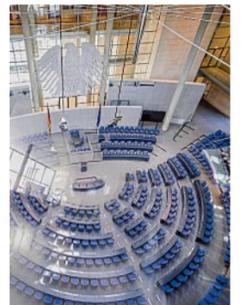
Bis heute steht Merkel zu ihrem „Wir schaffen das“. Erst kürzlich sprach sie von einem Prozess, man habe bereits viel geschafft. In ihren Memoiren schreibt sie, hätte ihr damals jemand gesagt, wie lange ihr „diese drei banalen Worte“ vorgehalten werden, hätte sie „ungläubig geguckt“. Benjamin Stahl

AUSBLICK

So geht es weiter

Der Bundestag meldet sich aus der parlamentarischen Sommerpause zurück. In den nächsten Wochen geht es zunächst mit dem Haushalt weiter. Nach der Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss am 4. September beginnt am 8. September die nächste Sitzungswoche. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Beratungen des Pflegekompetenzgesetzes sowie des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes. In der darauffolgenden Sitzungswoche vom 15. September soll die abschließende Beratung des Haushalts 2025 stattfinden.

Für interessierte Besucher findet nach wie vor bis zum 3. Oktober die allsummerliche Film-, Licht- und Tonprojektion an der Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses statt. Das Thema in diesem Jahr lautet: „Menschen und Parlament – Lebendige Demokratie in Deutschland“. Jeden Abend wird die Projektion zweimal gezeigt. Bis zum 7. September beginnt die erste Vorstellung um 20.45 Uhr und vom 8. September bis 3. Oktober um 20.15 Uhr. Der Zuschauerbereich befindet sich auf den Freitreppen am südlichen Spreeufer beim Friedrich-Ebert-Platz. Der Eintritt ist frei.



© DBT / Thomas Trutschel / photothek

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 10. – 12.9.2025

Pflegekompetenzgesetz (Do),
Länder- & Kommunal-Infrastrukturfinanzierung (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek:
Alle Debatten zum Nachsehen
und Nachlesen.

leicht
erklärt!

Das macht die Bundes-Wehr

Es gibt nicht nur Soldaten



Worum geht es?

Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Das heißt:

Sie ist dafür da, Deutschland und seine Einwohner zu schützen.

Zur Bundeswehr gehören:

- Soldatinnen und Soldaten
- Andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Bundes-Wehr hat auch viele Fahrzeuge und Waffen.

Die Bundes-Wehr arbeitet nicht nur in Deutschland.

Sie hilft auch in anderen Ländern.



Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Was ist die Geschichte von der Bundes-Wehr?
- Was macht die Bundes-Wehr heute?
- Was für Berufe gibt es dort?
- Wer darf für die Bundes-Wehr arbeiten?
- Können auch Menschen mit Behinderung für die Bundes-Wehr arbeiten?



Was ist die Geschichte von der Bundes-Wehr?

Die Gründung von der Bundes-Wehr



Vor fast genau 86 Jahren hat Deutschland den Zweiten Welt-Krieg angefangen.

Bis 1945 sind dabei viele Menschen gestorben.

Andere Länder haben dann zusammen Deutschland besiegt.

Die Länder haben dann das entschieden: Deutschland darf keine Armee mehr haben.

Das hat sich 10 Jahre später geändert.

Im Jahr 1955 wurde die Bundes-Wehr in West-Deutschland gegründet.

Das war in der Zeit des „Kalten Kriegs“.



Der Kalte Krieg war ein Streit zwischen Ländern im Westen und Osten.

Dabei wurde nicht gekämpft, sondern sich gegenseitig bedroht.

Im Westen waren Länder wie die USA, Frankreich und Großbritannien.

Im Osten waren Länder wie die Sowjet-Union.

Das war damals der Name für Russland.

Deutschland war in dieser Zeit in zwei Länder geteilt.

Es gab West-Deutschland und Ost-Deutschland.

West-Deutschland nannte man auch BRD.

Ost-Deutschland nannte man auch DDR.

Die Grenze vom Kalten Krieg ging also mitten durch Deutschland.

Die Zeit von 1955 bis 1990

West-Deutschland wurde ein Mitglied in der Nato.



Die Nato ist eine Gruppe von Ländern, die sich gegenseitig beschützen.

Die Aufgabe der Bundes-Wehr war vor allem die Verteidigung.

Es gab die Wehr-Pflicht.

Das heißt:

Alle jungen Männer mussten für eine bestimmte Zeit zur Bundes-Wehr.

Frauen durften noch nicht Soldatin werden.

Es gab aber ab dem Jahr 1961 eine Ausnahme von der Wehr-Pflicht.



Viele Männer haben gesagt:
Ich will nicht mit einer Waffe auf Menschen schießen müssen.

Für sie gab es dann einen Ersatz für die Bundes-Wehr.

Sie mussten dann eine Zeit lang in einem sozialen Beruf arbeiten.

Diese Arbeit nannte man so:
Zivil-Dienst.

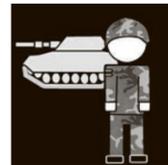
Die Zeit ab dem Jahr 1990

1990 wurden West- und Ost-Deutschland wieder ein Land.

Die Bundes-Wehr und die Armee von der DDR wurden zusammen-gelegt.

Viele Soldaten mussten gehen, weil die neue Armee kleiner sein sollte.

Seit dem Jahr 2001 dürfen aber auch Frauen Soldatin werden.



Die Bundes-Wehr ist dann auch ins Ausland gegangen.

Sie hat zum Beispiel in verschiedenen Ländern geholfen.

Und im Land Afghanistan haben die Soldaten auch gekämpft.

Das waren die Aufgaben:

- Frieden sichern
- Menschen schützen
- Hilfe nach Katastrophen

Die Bundes-Wehr heute

Die Bundes-Wehr hat Soldaten und zivile Mitarbeiter.

Zivile Kräfte sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Soldaten-Uniform.

Die Bundes-Wehr schützt Deutschland und hilft befreundeten Ländern.

Außerdem hilft die Bundes-Wehr in schweren Zeiten.



Zum Beispiel hat sie in der Corona-Zeit geholfen.

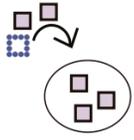
Heute hat die Bundes-Wehr etwa 180.000 Soldaten.

Dazu kommen etwa 80.000 andere Mitarbeiter.

Insgesamt arbeiten etwa 56.000 Frauen und mehr als 200.000 Männer für die Bundes-Wehr.

Eine Wehr-Pflicht gibt es seit dem Jahr 2011 nicht mehr.

In der Politik wird aber darüber gestritten, ob die Wehr-Pflicht zurückkommen soll.

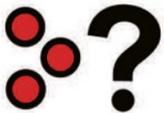


Denn einige Politiker sagen:
Die Bundes-Wehr braucht mehr Soldaten.

Bald soll erst einmal das passieren:
Alle jungen Männer und Frauen sollen gefragt werden:
Willst du zur Bundes-Wehr?

Und ab dem Jahr 2027 sollen Ärzte jeden jungen Mann untersuchen und sagen:
Ist er fit genug für die Bundes-Wehr?

Welche Berufe gibt es bei der Bundes-Wehr?



Die Bundes-Wehr hat viele verschiedene Berufe.

Bei manchen Berufen trägt man eine Uniform.

Bei anderen Berufen trägt man aber auch keine Uniform.

Diese Berufe gibt es:

Soldatinnen und Soldaten:



Sie schützen Deutschland und die Partner-Länder.

Sie arbeiten im Inland und Ausland.

Sie sind in Soldaten-Unterkünften, bei Übungen oder in Einsatz-Gebieten.

Technik-Mitarbeiter:



Sie reparieren Fahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe.

Sie arbeiten an Computern und Funk-Anlagen.

Sie entwickeln neue Technik.

Medizin-Mitarbeiter:



Sie kümmern sich um die Gesundheit der Soldaten.

Sie arbeiten in Kliniken und Arzt-Praxen.

Sie helfen bei Einsätzen im Ausland den Verletzten.

Mitarbeiter in der Verwaltung:

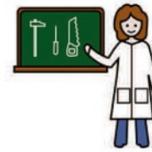


Sie planen Einsätze.

Sie kümmern sich um Personal, Finanzen und Material.

Sie machen Büro-Arbeit.

Mitarbeiter für Ausbildung und Forschung:



Sie arbeiten in Schulen für Soldaten.

Sie arbeiten in den Unis von der Bundes-Wehr.

Sie forschen zu Technik, Medizin und Sicherheit.

Wer darf für die Bundes-Wehr arbeiten?

Wer für die Bundes-Wehr arbeiten will, der muss einige Dinge einhalten.

Diese Regeln gelten für Mitarbeiter von der Bundes-Wehr:

- Soldaten müssen Deutsche sein.
- Andere Mitarbeiter dürfen auch aus anderen Ländern in Europa kommen.
- Sie müssen mindestens 17 Jahre alt sein.
- Sie brauchen einen Schul-Abschluss passend zum Beruf.
- Sie müssen körperlich und geistig für den Beruf geeignet sein.
- Soldaten müssen bereit sein, auch im Ausland zu arbeiten.



Bevor man für die Bundes-Wehr arbeiten darf, werden einige Tests gemacht.

Diese Tests gibt es:

- Sport-Test mit Laufen und Liege-Stütze
- Computer-Test mit Fragen zu Technik und Mathe
- Medizin-Test mit einer Untersuchung beim Arzt
- Gespräch mit Prüfern, die herausfinden sollen, ob man für die Bundes-Wehr geeignet ist



Können Menschen mit Behinderung für die Bundes-Wehr arbeiten?

Die Bundes-Wehr möchte ein inklusiver Arbeit-Geber sein.

Das heißt:

Menschen mit Behinderung dürfen auch mitmachen.

Das ist aber manchmal schwierig.

Menschen mit einer Behinderung haben es oft damit schwer:



Sie sind oft körperlich und geistig nicht für den Beruf geeignet.

Deshalb werden nur sehr wenige Menschen mit Behinderung Soldat.

Viele können aber in den zivilen Berufen arbeiten.

Also in den Berufen ohne Soldaten-Uniform.

Zum Beispiel können sie im Büro oder einer Werkstatt arbeiten.

Es gibt auch barriere-freie Arbeits-Plätze bei der Bundes-Wehr.

Dann können zum Beispiel Rollstuhl-Fahrer dort trotzdem arbeiten.

Für Menschen mit geistigen Behinderungen ist es aber oft schwer, für die Bundes-Wehr zu arbeiten.



Kurz zusammengefasst

Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Es gibt sie seit dem Jahr 1955.

Seitdem ist West-Deutschland Mitglied in der Nato.

Die Nato ist eine Zusammen-Arbeit von mehreren Ländern, um sich gegenseitig zu beschützen.

Die Bundes-Wehr hat deshalb zuerst diese Aufgabe:

Deutschland und die anderen Nato-Länder beschützen.

Doch auch in anderen Ländern hat die Bundes-Wehr schon geholfen.

Zum Beispiel bei Katastrophen.

Lange Zeit gab es in Deutschland eine Wehr-Pflicht.

Das heißt:

Junge Männer mussten zur Bundes-Wehr gehen.

Ab 1961 gab es als Ersatz noch den Zivil-Dienst.

Seit 2011 gibt es aber keine Wehr-Pflicht mehr in Deutschland.

Die Politik redet aber derzeit darüber: Soll die Wehr-Pflicht zurück-kommen?



Heute gibt es etwa 180.000 Soldaten und 80.000 andere Mitarbeiter bei der Bundeswehr.

Die meisten davon sind Männer.

Doch auch immer mehr Frauen arbeiten für die Bundes-Wehr.

Es gibt viele verschiedene Berufe bei der Bundes-Wehr.

Die meisten Mitarbeiter sind Soldaten.

Doch es gibt zum Beispiel auch diese Berufe:

Techniker, Sanitäter, Mitarbeiter in der Verwaltung.



Wer für die Bundes-Wehr arbeiten will, kann sich dort bewerben.

Doch es gelten einige Regeln für die Mitarbeiter.

Vor allem müssen sie körperlich und geistig dafür geeignet sein.

Deshalb gibt es für die Bewerber viele Tests.

Auch Menschen mit Behinderung können für die Bundes-Wehr arbeiten.

Aber auch da gibt es strenge Regeln.

Und Soldaten werden können nur sehr wenige mit Behinderungen.



Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Christian Strunz, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / dpa / Alexander Welscher. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 36-37/2025
Die nächste Ausgabe erscheint am 13. September 2025.